



BEVÖLKERUNG

Daten, Fakten, Trends zum
demographischen Wandel
in Deutschland



Herausgeber:

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt

Autoren:

Jürgen Dorbritz, Andreas Ette, Karla Gärtner, Evelyn Grünheid, Ralf Mai, Frank Micheel, Robert Naderi,
Heiko Pfaff, Juliane Roloff, Lenore Sauer, Manfred Scharein, Reiner Schulz, Bettina Sommer, Frank Swiaczny

Redaktion:

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Gestaltung:

KOOB

Erschienen im April 2008

Bestellnummer: 0010012-08900-1

© Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung und Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2008

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

© Fotorechte:

Umschlag: Gettyimages/Michael Wildsmith: Titel, Rücken

Innenteil: KOOB Archiv: 4, 7, 9, 11, 14, 19, 23, 27, 33, 34, 37, 39, 51, 57, 59, 67; Deutscher Bundestag/Kohlmeier: 5

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
Einleitung	6
1 Die langfristigen demographischen Trends	8
2 Bevölkerung und Bevölkerungsvorausberechnung	12
3 Altersaufbau und Altern der Bevölkerung	24
4 Die demographische Situation in den Bundesländern	32
5 Familienbildung und Ehescheidungen	36
6 Lebenserwartung und Pflege	46
7 Binnenwanderung und internationale Migration	54
8 Lebensformen und Haushaltsstrukturen	60
9 Den demographischen Wandel gestalten	68
10 Weltbevölkerungstrends	74
Glossar	76





Sehr geehrte Damen und Herren,

es gibt kaum eine andere Entwicklung, die unsere Gesellschaft so umfassend beeinflussen und verändern wird, wie der demographische Wandel. Zu Recht wird diese Entwicklung als „Megatrend“ bezeichnet.

Demographischer Wandel heißt: Die Sterbeziffer übersteigt seit den 1970er Jahren die Geburtenziffer in Deutschland. Dies führt zu einem natürlichen Rückgang und einer starken Alterung der Bevölkerung. Und wir alle als Teil der Bevölkerung sind in vielfältiger Weise einbezogen in diesen demographischen Wandel, wir haben diese Entwicklung mit herbeigeführt und die Folgen zu tragen.

Der demographische Wandel ist kurzfristig nicht umzukehren. Wir müssen uns deshalb auf diese Entwicklung stärker einstellen. Selbst wenn ab heute mehr Kinder geboren werden sollten, würde es mindestens 20 Jahre dauern, bis sie das erwerbsfähige Alter erreichen und als Arbeitskräfte die Altersstrukturen verjüngen und in die Rentenkassen einzahlen. In der Zwischenzeit steigt unsere Lebenserwartung weiter und die mittleren Jahrgänge wären dann doppelt belastet, denn sie hätten für mehr Kinder und gleichzeitig für mehr Ältere zu sorgen. Dieses kleine Beispiel mag zeigen, dass der demographische Wandel eine Herausforderung ist, die den Ideenreichtum und die Gestaltungskraft unserer gesamten Gesellschaft erfordert.

Das bedeutet aber auch: Die Folgen des demographischen Wandels müssen nicht als unvermeidbares Schicksal hingenommen werden, wir können etwas tun. Dazu sind gründliche Überlegungen und die genaue Betrachtung der Realität notwendig. So gilt als gesichertes Erkenntnis, dass es zukünftig weniger junge und mehr alte Menschen geben wird. Bei der formalen Betrachtung der Altersstruktur ist diese Aussage richtig, aber in der sozialen Wirklichkeit spielt das formale Alter nur eine untergeordnete Rolle. Die Einschätzung der Auswirkungen der demographischen Entwicklung hängt ab von der Antwort auf z. B. Fragen wie: bis zu welchem

Alter ist man „jung“ und ab wann ist man eigentlich „alt“? Diese Altersgrenzen sind nicht nur biologisch, sondern auch gesellschaftlich festgelegt und damit variabel. Unter den Lebensbedingungen in früheren Zeiten galten Menschen bereits als alt, die heute noch leistungsbereit und leistungsfähig ihren Beruf ausüben können. So relativieren sich viele befürchtete Auswirkungen der Alterung, wenn man nicht vorschnell urteilt, sondern die Situation in der Zukunft differenziert betrachtet.

Die vorliegende Broschüre will hierzu einen Beitrag leisten. Sie soll allen Interessierten einen kompakten, informativen Überblick über die Ursachen und Auswirkungen des demographischen Wandels geben, zugleich aber auch als Argumentationshilfe eine Diskussion versachlichen helfen, die viel zu häufig von Befürchtungen und Ängsten geprägt ist.

Johann Hahlen

Staatssekretär im
Bundesministerium des Innern
Berlin, im Dezember 2007

Der demographische Wandel – Einleitung

Der demographische Wandel, insbesondere das Altern der Bevölkerung, gehört zu den gravierendsten gesellschaftlichen Veränderungen und inzwischen auch zu den meistdiskutierten Themen unserer Zeit. Er ist Belastung, Herausforderung und Chance gleichermaßen. Dem Altern der Bevölkerung kommt deshalb eine wichtige Rolle zu, weil von ihm die wesentlichen Einflüsse auf unsere sozialen Sicherungssysteme ausgehen, weil sich in ihm die Effekte einer Vielzahl von Aspekten des demographischen Wandels bündeln und weil er für die Menschen in Deutschland oder Europa direkt erfahrbar ist.

Der demographische Wandel ist vielfältig

Das Entstehen und der Verlauf des Alterns der Bevölkerung ist im Wesentlichen durch drei Faktoren bestimmt. Erstens ist die Geburtenhäufigkeit so niedrig, dass sich die Elternjahrgänge bei weitem nicht mehr vollständig durch die Geburt von Kindern ersetzen. Mit dieser Situation sind eine Reihe weiterer demographischer Veränderungen eng verbunden. Es haben sich die Formen partnerschaftlichen Zusammenlebens verändert. Verheiratet sein und Kinder haben gehört nicht mehr selbstverständlich zu jedem Lebensentwurf.

Werden Familien gegründet, dann geschieht das zu einem immer späteren Zeitpunkt des Lebensverlaufs. Kinder, Karriere und Wohlstand sind nicht für alle Menschen gleichermaßen erreichbar. Die Zahl der geschiedenen Ehen ist hoch und immer mehr Kinder wachsen in sogenannten „Patchworkfamilien“ auf. Zweitens werden wir immer älter, wobei die gewonnenen Lebensjahre in Gesundheit anwachsen. Die Langlebigkeit ist enorm angestiegen und in dem Maße, wie geburtenstarke Jahrgänge das Rentenalter erreichen, nimmt auch die Zahl älterer Menschen zu. So erfreulich sowie gewünscht und gefördert diese Entwicklung auch ist, sie erhöht zwangsläufig die Zahl der Personen und ihre Verweildauer in den sozialen Sicherungssystemen. Drittens ist der heute bestehende Altersaufbau zu einem Beschleuniger des Alterns geworden, da geburtenstarke Jahrgänge in ein immer höheres Alter vorrücken und geringer besetzte Jahrgänge nachfolgen. Ein vierter Faktor, die Zuwanderung, gewinnt für die Alterung nur dann an Bedeutung, wenn sehr viele junge Menschen nach Deutschland kommen würden.

Es stellen sich neue Herausforderungen

Der demographische Wandel ist für uns vor allem wegen seiner Folgen so eminent wichtig. Die Folgen sind sowohl auf der gesellschaftlichen als auch auf der individuellen Ebene spürbar. Auf der gesellschaftlichen Ebene gilt es, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu sichern, die sozialen Sicherungssysteme tragfähig zu gestalten oder die kommunalen Infrastrukturen anzupassen. Demographischer Wandel ist für jeden individuell erfahrbar geworden. Wer kennt keine kinderlosen Paare oder erwachsene Kinder, die ihre Eltern pflegen?

Wir stehen dem demographischen Wandel allerdings nicht hilflos gegenüber. Richtig ist, dass das Altern der Bevölkerung inzwischen eine Eigen-dynamik gewonnen hat, der mit einem durchaus möglichen Anstieg der Geburtenhäufigkeit oder der Zahl der Zuwanderer allein nicht begegnet werden kann. Demographische Prozesse verlaufen sehr langfristig und sind auf demographischen Wegen nur in sehr langen Zeiträumen korrigierbar.

Es müssen also anderweitige Möglichkeiten gesucht werden, um den Herausforderungen des demographischen Wandels zu begegnen. Sie müssen in den gesellschaftlichen Bereichen gefunden

werden, in denen die Folgen des Wandels spürbar sind und herausfordern.

Vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten

Mögliche Stellschrauben sind in einem vielfältigen Spektrum in einer ganzen Reihe gesellschaftlicher Bereiche gegeben. Wenn es zum Beispiel um den Erhalt des Erwerbspersonenpotenzials geht, dann gibt es die Möglichkeiten, das tatsächliche Renteneintrittsalter dem gesetzlichen anzunähern, Ausbildungszeiten zu verkürzen, die Frauenerwerbsquote zu erhöhen oder die Zuwanderung von Personen zu fördern, die für den Arbeitsmarkt geeignete Qualifikationen besitzen und integrierbar sind. Kommunen müssen sich auf das Altern der Bevölkerung durch Anpassung der Infrastrukturen (z. B. Energie- und Wasserversorgung, Erreichbarkeit von Zentren u. Ä.) vorbereiten, was insbesondere für periphere Schrumpfungszonen lebenswichtig ist. Für die Menschen ist es von großer Bedeutung, den Familien- und Generationenzusammenhalt bei Kinderbetreuung oder Pflege zu fördern. Gelingt es, diese Aufgaben zu meistern, kann auch der demographische Wandel mit seinen Folgen bewältigt werden. Dies ist aber nicht ohne den Beitrag aller leistbar.



1 Die langfristigen demographischen Trends

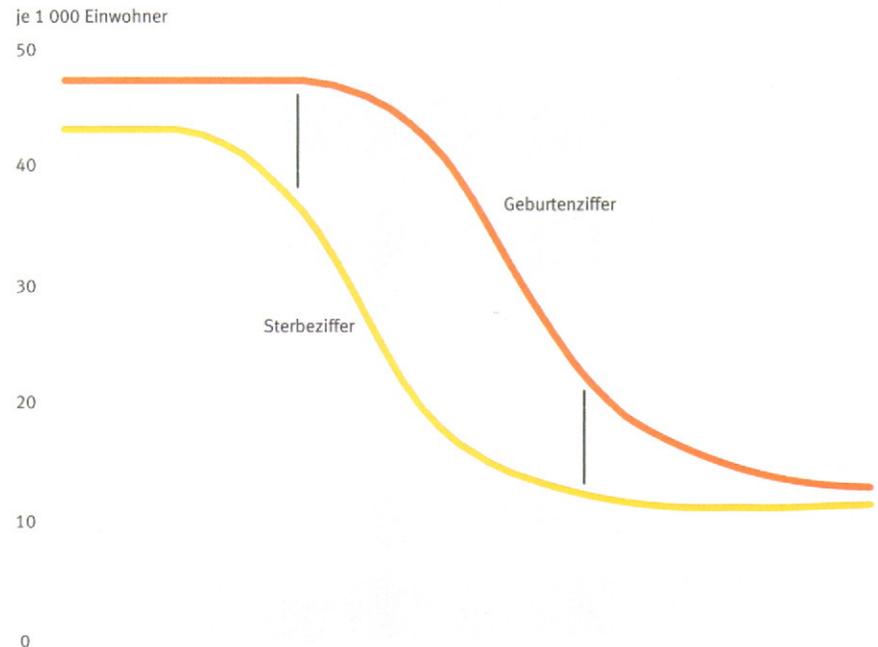
Der demographische Wandel mit seinem Kernbereich der Alterung der Bevölkerung vollzieht sich bereits seit mehr als 100 Jahren. Er ist im Wesentlichen das Resultat eines komplexen Zusammenspiels von Geburtenhäufigkeit und Sterblichkeit. Ergebnis ist ein umfassender Wandel im Altersaufbau der Bevölkerung von einer Dreiecks- zu einer Urnenform. Insbesondere ist diese Entwicklung geprägt durch zwei demographische Übergänge, die in Deutschland um 1900 und zwischen 1965 und 1975 stattgefunden haben.

Die zwei demographischen Übergänge

Ausgangspunkt des heute mit zunehmender Dynamik verlaufenden Alterungsprozesses ist der erste demographische Übergang. Im Verlauf dieses Übergangs finden sowohl ein Geburten- als auch ein Sterblichkeitsrückgang statt. Allerdings beginnen zunächst die Sterbeziffern zu sinken, zeitlich verzögert folgen dann um 1900 die Geburtenziffern, um sich auf einem niedrigeren Niveau einzupendeln.

Der zweite Übergang ist auf einen schnellen Geburtenrückgang zwischen 1965 und 1975 begrenzt. Ergebnis ist das heutige niedrige

Schema des ersten demographischen Übergangs



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, grafische Darstellung: BiB

Geburtenniveau - mit der Folge, dass die Kinder- generation immer um etwa ein Drittel kleiner ist als die vorausgegangene Elterngeneration. Dieses Geburten tief schließt sich an die Zeit der „gebur- tenstarken“ Jahrgänge in den 1950er und 1960er Jahren an. Ergebnis ist das Entstehen einer so- genannten demographischen Welle im Altersaufbau.

Erster demographischer Übergang und Alterung

Der Altersaufbau des Jahres 1871 (Dreiecksform) ist das Ergebnis einer hohen Sterblichkeit und einer hohen Geburtenhäufigkeit, wie sie vor dem ersten demographischen Übergang bestanden hat. Der Sterblichkeitsrückgang – vor allem im Kindesalter – führt dazu, dass die geburtenstar- ken Jahrgänge ein höheres Lebensalter erreichen können. Der nachfolgende Geburtenrückgang bewirkt, dass die nachrückenden Jahrgänge klei- ner werden. Das Altern der Bevölkerung hat be- gonnen. Es ist in dieser Zeit ausschließlich ferti- litätsgeleitet.

Schematische Darstellungen des Altersaufbaus der Bevölkerung in den Jahren 1871 und 2030



1 Die langfristigen demographischen Trends

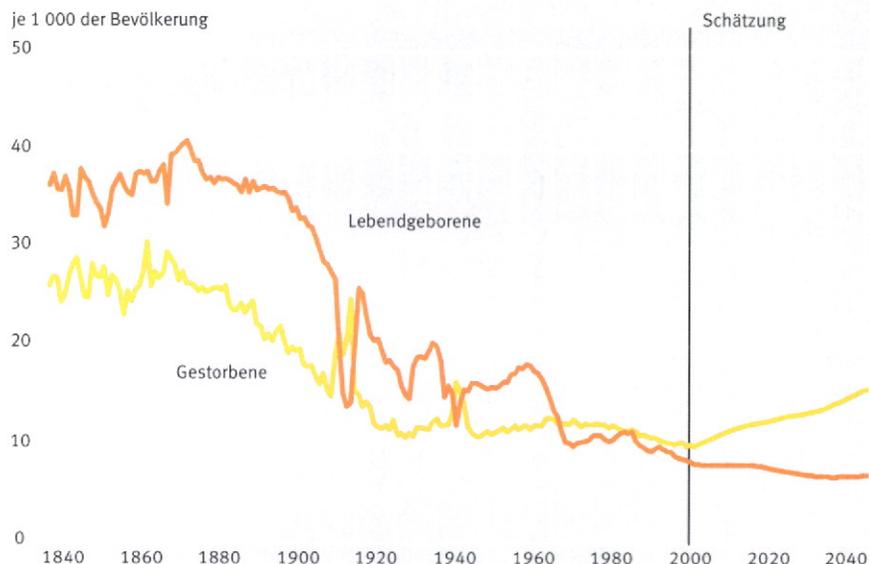
Der zweite demographische Übergang bringt eine demographische Welle hervor

Dem sogenannten „goldenen Zeitalter von Ehe und Familie“ folgt zwischen 1965 und 1975 der durch Individualisierungstrends in der Gesellschaft, aber auch durch die verbesserten Möglichkeiten der Schwangerschaftsverhütung ausgelöste zweite Geburtenrückgang. Seitdem ist die Geburtenhäufigkeit auf einem sehr niedrigen Niveau verblieben.

Im Altersaufbau der Bevölkerung gibt es jetzt ca. 15 geburtenstarke Jahrgänge (Baby-Boomer), denen immer mehr zahlenmäßig schwächere Jahrgänge folgen. Dies ist das Resultat des unvollständigen Ersatzes der Eltern- durch die Kinder-generation. Im Altersaufbau ist eine demographische Welle entstanden, die sich im Lauf der Zeit in ein immer höheres Lebensalter verlagert. Sie ist damit zu einem Bestandteil des heutigen Altersaufbaus geworden und trägt entscheidend zu einer beschleunigten Alterung bei.

In dieser Zeit hat auch die Sterblichkeit älterer Menschen ein so niedriges Niveau erreicht, das ihnen die Chance gibt, zusätzliche Lebensjahre zu gewinnen. Langlebigkeit wird zunehmend

Lebendgeborene und Gestorbene
je 1 000 der Bevölkerung,
1841 bis 2050



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, grafische Darstellung: BiB

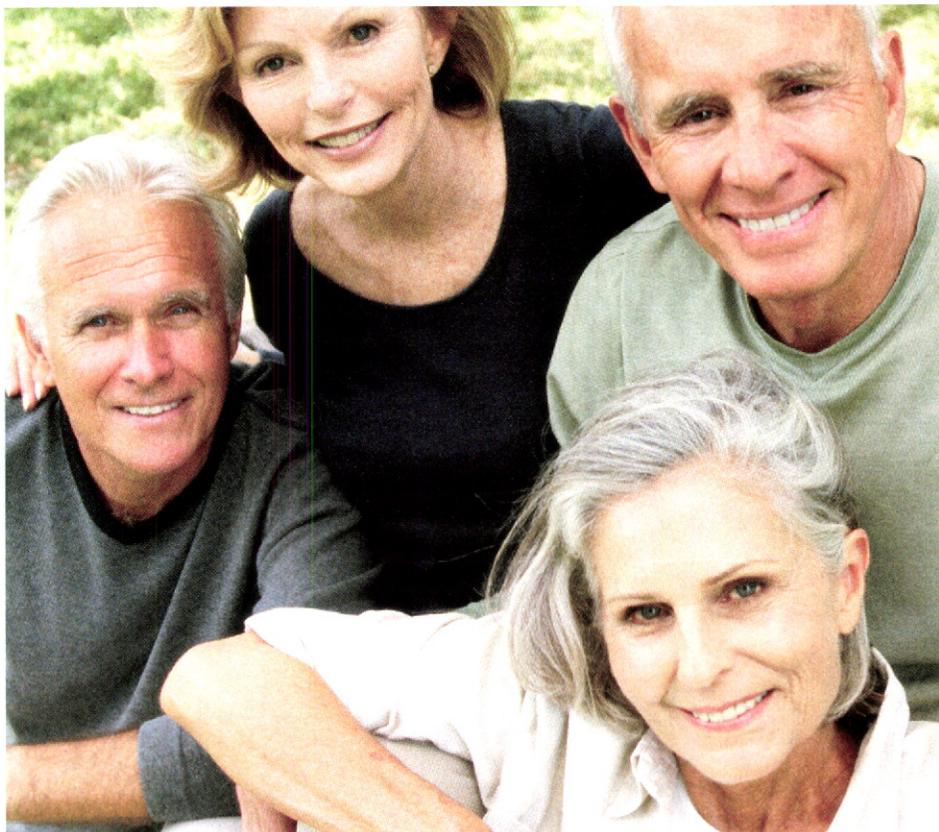
möglich. Das Altern der Bevölkerung basiert nunmehr sowohl auf dem niedrigen Geburtenniveau als auch auf der hohen Lebenserwartung, wobei die Chance der Älteren, immer älter zu werden, nunmehr die entscheidende Rolle spielt.

Das Altern ist kurzfristig unumkehrbar und wird sich in Zukunft beschleunigen

Das Altern der Bevölkerung kann mit Veränderungen in den demographischen Verhaltensmustern zwar verlangsamt werden, aber weder ein Geburtenanstieg noch eine verstärkte Zuwanderung jüngerer Menschen kann es schnell stoppen.

Das Altern wird vor allem deshalb stattfinden, weil es bereits im Altersaufbau der heutigen Bevölkerung angelegt ist. In dem Maße, wie die Baby-Boom-Generation der 1950er/1960er Jahre immer älter wird und sich im Altersaufbau nach oben verschiebt, beschleunigt sich der Alterungsprozess. Er wird seinen Höhepunkt erreichen, wenn um das Jahr 2030 die demographische Welle das Rentenalter erreicht. Danach beginnt das Altern allmählich an Dynamik zu verlieren.

Selbst wenn ab heute mehr Kinder geboren werden sollten, würde es mindestens 20 Jahre dauern, bis sie das erwerbsfähige Alter erreichen und als Arbeitskräfte die Altersstrukturen verjüngen.



2 Bevölkerung und Bevölkerungsvorausberechnung

2.1 Bevölkerungszahl und Bevölkerungsbilanz

Die Zahl der in Deutschland lebenden Menschen – gegenwärtig rund 82 Millionen – hängt von drei grundlegenden demographischen Prozessen ab: den Geburten, den Sterbefällen und dem Ergebnis der Zu- und Abwanderungen. Liegt die Zahl der Geburten über den Sterbefällen – was in Deutschland bis Anfang der 1970er Jahre der Fall war – spricht man von einem Geburtenüberschuss. Danach haben wir es mit einem Sterbefallüberschuss zu tun, der sich in der Zukunft immer weiter verstärken wird. Die Wanderungen über die Grenzen Deutschlands haben bis vor wenigen Jahren durch einen Überschuss der Zuzüge in den meisten Jahren zu einem positiven Wanderungssaldo geführt.

Deutlicher Anstieg der Bevölkerungszahl

Im Jahr 2006 lebten in Deutschland 82,3 Millionen Menschen, darunter 42,0 Millionen Frauen und 40,3 Millionen Männer. Im Vergleich dazu war die Bevölkerungszahl des Jahres 1950 mit 69,3 Millionen deutlich niedriger. Schon in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre hatte sich das

Bevölkerungswachstum abgeschwächt. Seit dem Jahr 2003 ist sogar ein leichter Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen. Die Ursachen sind im Zusammenspiel von natürlicher Bevölkerungsentwicklung und Wanderungsbilanz zu sehen.

Geburtenrückgang und Wanderungsgewinne

Die Zahl der Lebendgeborenen hat sich nach einem Höhepunkt Mitte der 1960er Jahre (Baby-Boom) nahezu kontinuierlich verringert und wird auch in Zukunft weiter absinken. Selbst wenn das Geburtenniveau je Frau steigen würde, werden die potenziellen Elterngenerationen beständig kleiner. So liegt seit Anfang der 1970er Jahre die Zahl der Gestorbenen über den Geburtenzahlen, was eine deutliche Verringerung der Bevölkerungszahl bedeutet hätte. Aufgehalten wurde dies durch einen fast immer positiven Wanderungssaldo.

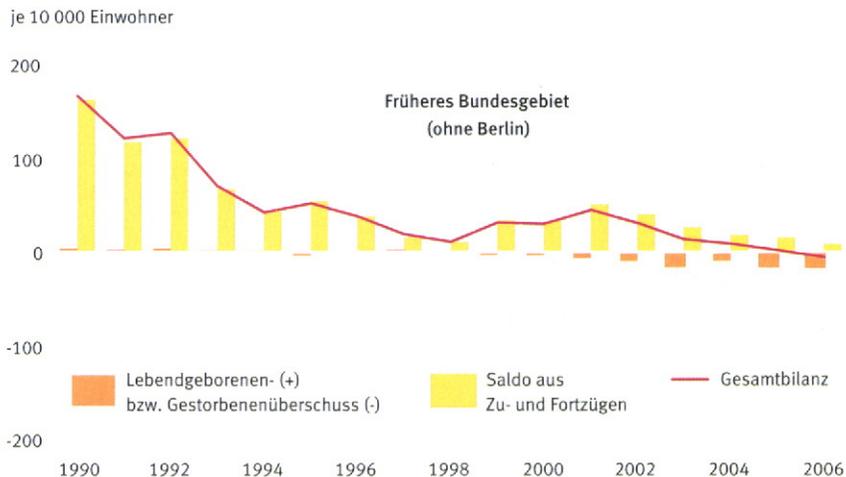
Bilanz zwischen Lebendgeborenen und Gestorbenen bzw. Zu- und Abwanderungen in Deutschland, 1950 – 2006 (Durchschnitt pro Jahr im angegebenen Zeitraum, in 1 000)

Zeitraum	Natürliche Bilanz	Wanderungsbilanz	Gesamtbilanz
1950 – 1959	343	104	447
1960 – 1969	381	226	607
1970 – 1979	-102	174	73
1980 – 1989	-74	165	91
1990 – 1999	-78	423	344
2000 – 2006	-120	141	21

Datenquelle: Statistisches Bundesamt

Nur in einigen Jahren, vor allem zu Beginn der 1970er und 1980er Jahre verließen – im Ergebnis von Anwerbestopp, Einreisebegrenzung und Rückkehr von ausländischen Arbeitnehmern – mehr Menschen Deutschland als hierher zuwanderten. So erhöhte sich die Bevölkerungszahl in Deutschland gegenüber 1950 trotz mitunter hoher Sterbefallüberschüsse um rund 12 Millionen Menschen oder etwa 19%. Seit 2003 scheint sich hier eine Trendwende abzuzeichnen: wenn auch noch in geringen Dimensionen, so nimmt doch seitdem die Bevölkerung kontinuierlich ab. Ursache dafür sind derzeit – neben den steigenden Sterbefallüberschüssen – die gesunkenen Zuwanderungsüberschüsse.

Komponenten der Bevölkerungsentwicklung im früheren Bundesgebiet von 1990 - 2006
(Saldo je 10 000 Einwohner)



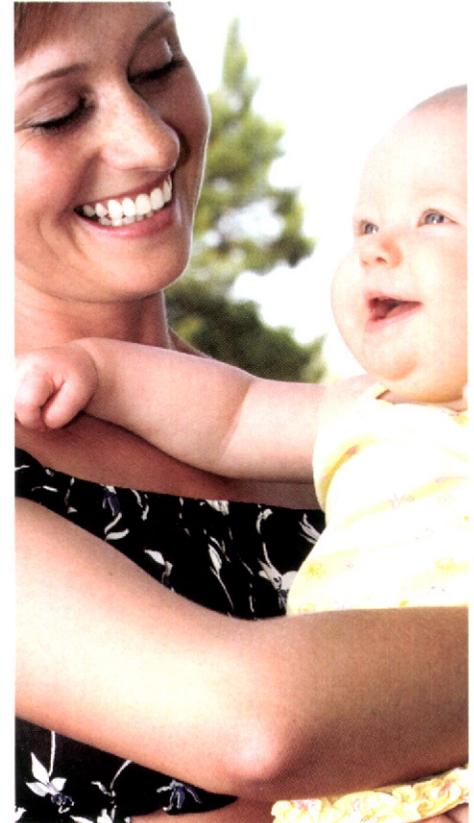
Datenquelle: Statistisches Bundesamt, grafische Darstellung: BiB

2 Bevölkerung und Bevölkerungsvorausberechnung

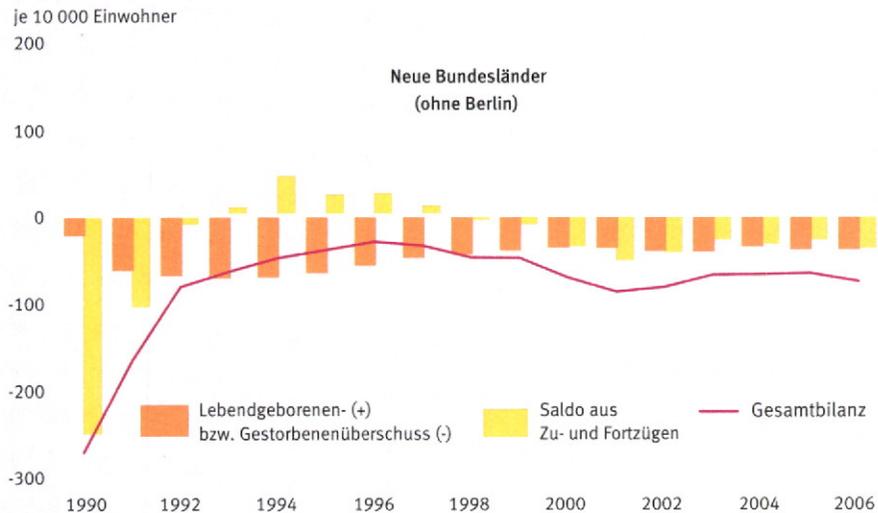
Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland bestehen nach wie vor

Zwischen den alten und neuen Bundesländern wies die Bevölkerungsbilanz in den Jahren seit der deutschen Wiedervereinigung erhebliche Differenzen auf. Während der natürliche Saldo in den alten Ländern bis etwa zum Jahr 2000 nahezu ausgeglichen war und erst seitdem ein leichter Sterbefallüberschuss zu verzeichnen ist, trug das niedrige Geburtenniveau in den neuen Ländern schon seit Beginn der 1990er Jahre zum deutlichen Bevölkerungsrückgang bei. Die Wanderungssalden waren in Westdeutschland die Grundlage für das bis 2005 anhaltende Bevölkerungswachstum, in Ostdeutschland verstärkten Abwanderungsverluste in den meisten Jahren den ohnehin durch den Sterbefallüberschuss eintretenden Bevölkerungsrückgang.

Im Vergleich zu den Ländern der Europäischen Union (EU-15) hat Deutschland seit den 1970er Jahren eine deutlich schlechtere natürliche Bevölkerungsbilanz aufzuweisen. Dagegen waren bis etwa zum Jahr 2000 die Wanderungsüberschüsse erheblich höher als in den vergleichbaren europäischen Ländern. Seit dem neuen Zuwanderungsgesetz aus dem Jahr 2000 sind diese Überschüsse deutlich zurückgegangen. Damit liegt Deutschland jetzt unter dem Niveau der EU-15-Staaten.



Komponenten der Bevölkerungsentwicklung in den neuen Bundesländern, 1990 - 2006
(Saldo je 10 000 Einwohner)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, grafische Darstellung: BiB

2 Bevölkerung und Bevölkerungsvorausberechnung

2.2 Entwicklung der Bevölkerung Deutschlands bis 2050

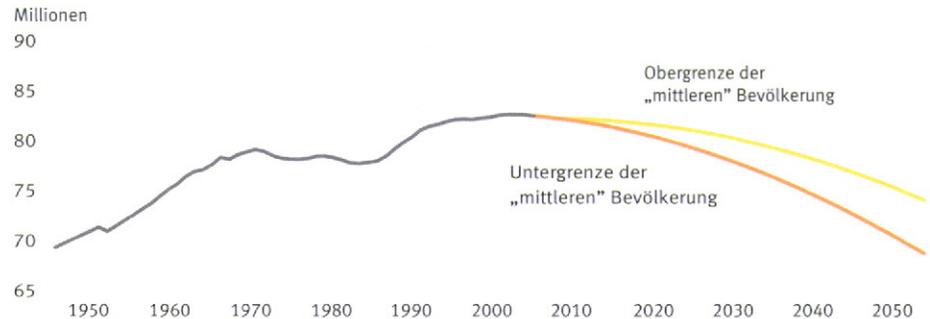
Setzen sich die demographischen Trends fort, die gegenwärtig bestehen, werden in Deutschland künftig weniger Menschen leben. Die Anzahl und der Anteil der Älteren werden steigen, die der Jüngeren fallen.

Bevölkerungsrückgang – weniger Geburten als Sterbefälle

Seit über 30 Jahren übertreffen in Deutschland die Sterbefälle die Geburten. Inzwischen wird dieses Geburtendefizit nicht mehr durch Zuwanderung ausgeglichen. Die Bevölkerung Deutschlands wächst nicht mehr, sondern geht langsam zurück. Diese Entwicklung wird sich in den nächsten Jahrzehnten voraussichtlich beschleunigen.

Bereits heute leben relativ schwach besetzte Elternjahrgänge in Deutschland. Bei gleichbleibender durchschnittlicher Kinderzahl je Frau werden die Geburten weiter abnehmen, weil es weniger Menschen im Elteralter gibt als vor 30 Jahren. Die geburtenstarken Jahrgänge der heute etwa Mitte 40-Jährigen werden älter und in ungefähr 20 Jahren eine große Gruppe älterer

Entwicklung der Bevölkerungszahl in Deutschland
Ab 2006 Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, grafische Darstellung: BiB

Bevölkerungsentwicklung nach Hauptaltersgruppen in Deutschland, 2005 – 2050 (in %)

Jahr	unter 20 Jahre		20 bis unter 65 Jahre		65 Jahre und älter	
	Untergrenze	Obergrenze	Untergrenze	Obergrenze	Untergrenze	Obergrenze
2005	20,0	20,0	60,8	60,8	19,3	19,3
2010	18,3	18,3	61,1	61,1	20,5	20,5
2020	16,9	16,9	59,9	60,2	23,2	22,9
2030	16,4	16,6	54,9	55,5	28,7	27,9
2040	15,6	16,0	52,3	53,2	32,1	30,8
2050	15,1	15,4	51,7	52,8	33,2	31,8

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung
Untergrenze/Obergrenze der „mittleren“ Bevölkerung

Menschen bilden. Dazu kommt die steigende Lebenserwartung, die die Zahl der Älteren erhöht. Zuwanderung aus dem Ausland kann diesen Prozess etwas dämpfen, ihn aber nicht verhindern. Heute leben in Deutschland gut 82 Millionen Menschen. Bis 2020 dürften es – je nach Höhe der Zuwanderung – etwa 1 bzw. 2 Millionen weniger sein. Danach beschleunigt sich die Abnahme. 2050 wird Deutschland voraussichtlich noch knapp 69 bzw. 74 Millionen Einwohner haben, 17 bzw. 10% weniger als jetzt.

Dabei wird sich vor allem die Zahl der Kinder und jungen Menschen unter 20 Jahren verringern. Heute sind über 16 Millionen Menschen in diesem Alter. 2020 werden es weniger als 14 Millionen sein. Bis 2050 wird ihre Zahl weiter auf etwa 10,5 bzw. 11,5 Millionen zurückgehen.

Rückgang der Erwerbsbevölkerung

Auch die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter wird deutlich abnehmen, allerdings erst später und auch nicht so stark wie die der jungen Menschen. Zur Zeit sind knapp 50 Millionen Menschen zwischen 20 und 65 Jahre alt. 2020 werden es noch keine 5% weniger sein. Danach kommen die geburtenstarken Jahrgänge in das Rentenalter und scheiden aus dem Erwerbsalter aus. 2030 werden daher nur noch gut 42 bzw. etwa 44 Millionen Menschen im Erwerbsalter sein und 2050 noch 35,5 bzw. gut 39 Millionen. Das sind fast 30 bzw. über 20% weniger als jetzt.

Annahmen zur Entwicklung der Geburtenhäufigkeit, der Lebenserwartung und der Migration

Die dargestellten Ergebnisse kommen unter folgenden Annahmen zustande: Die durchschnittliche Kinderzahl je Frau beträgt auf Dauer knapp 1,4 Kinder. Die durchschnittliche Lebenserwartung steigt nicht mehr ganz so schnell an wie in den letzten drei Jahrzehnten, sie nimmt bis 2050 um etwa 6 bis 7 Jahre zu. Jährlich ziehen 100 000 (Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung) bzw. 200 000 (Obergrenze der „mittleren“ Bevölkerung) mehr Personen nach Deutschland zu, als das Land verlassen.



2 Bevölkerung und Bevölkerungsvorausberechnung

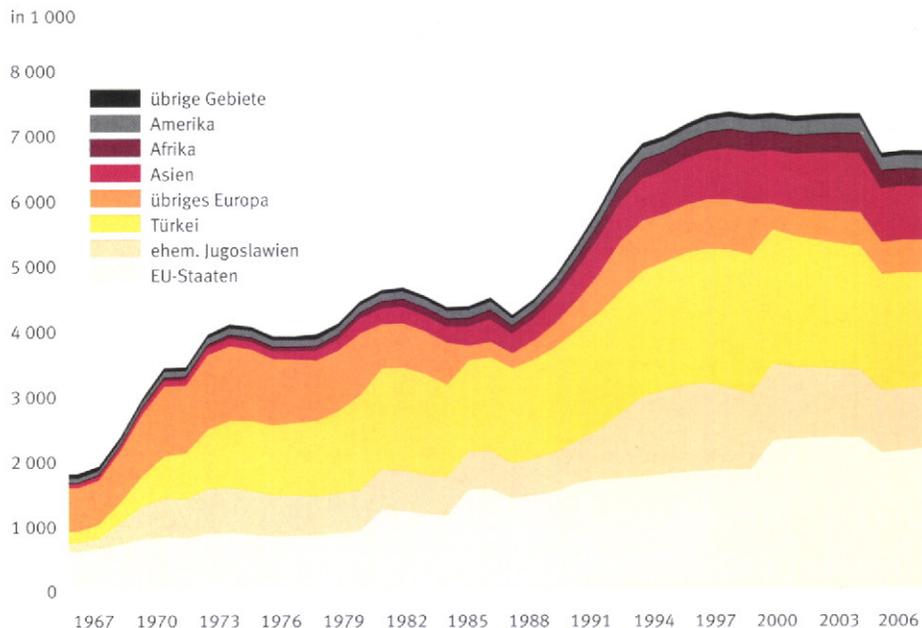
2.3 Ausländische Bevölkerung

Deutschland ist im Verlauf der letzten 40 Jahre deutlich heterogener geworden. Lebten im Jahr 1967 weniger als zwei Millionen Ausländer in Deutschland, sind es gegenwärtig 6,8 Millionen Personen, was einem Anteil von ca. 8% an der Bevölkerung entspricht. Seit dem Jahr 2005 ermöglichen die Daten des Mikrozensus die Identifizierung von Personen mit Migrationshintergrund (Personen, die selbst oder deren Eltern Migrationserfahrung haben). Von den 82,4 Millionen Einwohnern in Deutschland im Jahr 2005 hatten 15,3 Millionen einen Migrationshintergrund, deren Anteil belief sich damit auf 19%.

Größenordnung und ausgewählte Merkmale der ausländischen Bevölkerung und der Personen mit Migrationshintergrund

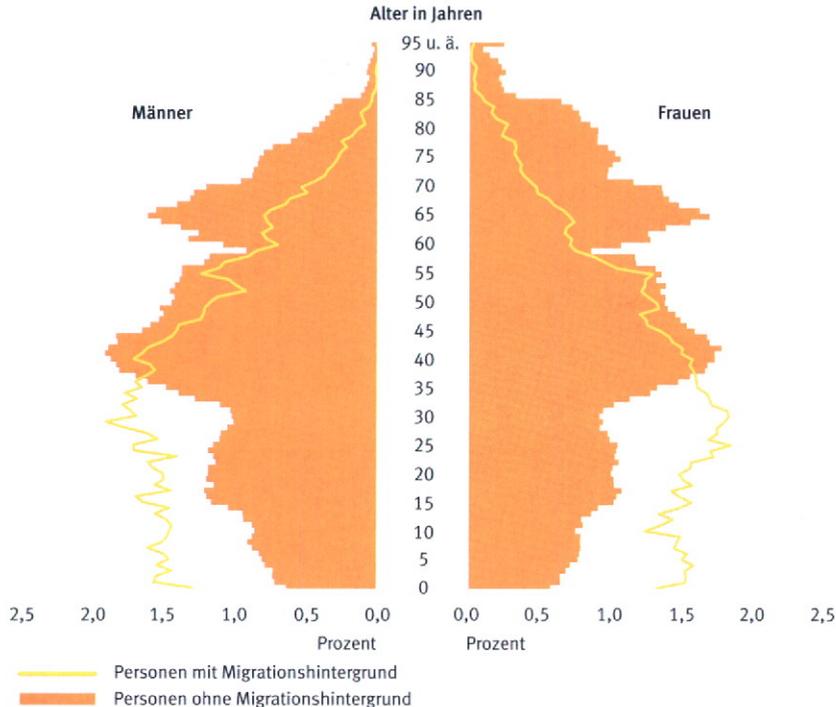
In Deutschland leben gegenwärtig ca. 6,8 Millionen Personen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit, rund 80% davon haben eine europäische Staatsangehörigkeit, darunter 26% die türkische. Die zweitgrößte Nationalitätengruppe bilden die italienischen Staatsangehörigen mit ca. 8% vor Personen aus Serbien und Montenegro mit ca. 7%. Die Zahl der ausländischen Personen hat

Ausländer in Deutschland nach Herkunftsgebieten, 1967 – 2006



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, grafische Darstellung: BiB

Altersstruktur von Personen mit und ohne Migrationshintergrund in Deutschland, 2005 (in %)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2005, grafische Darstellung: BiB

dabei in den 1990er Jahren ihren Höhepunkt erreicht und ist seitdem leicht rückläufig.

Die Altersstruktur der Personen mit Migrationshintergrund ist deutlich jünger als die der deutschen Bevölkerung ohne einen solchen Hintergrund (das Durchschnittsalter beträgt 33,8 Jahre gegenüber 44,9 Jahre). Bei den unter 5-Jährigen stellen Personen mit Migrationshintergrund sogar knapp ein Drittel der Bevölkerung insgesamt.

Die regionale Verteilung sowohl der ausländischen als auch der deutschen Personen mit Migrationshintergrund ist sehr unterschiedlich. Knapp 96% der Personen mit Migrationshintergrund leben im früheren Bundesgebiet einschl. Berlin und hier vor allem in den drei Stadtstaaten sowie in Baden-Württemberg (mit der Region Rhein-Neckar und dem Ballungsraum um Stuttgart), Nordrhein-Westfalen (mit dem Ruhrgebiet) und Hessen (mit dem Rhein-Main-Gebiet). Dagegen ist der Anteil in den neuen Bundesländern deutlich niedriger und liegt unter 5%.

2 Bevölkerung und Bevölkerungsvorausberechnung

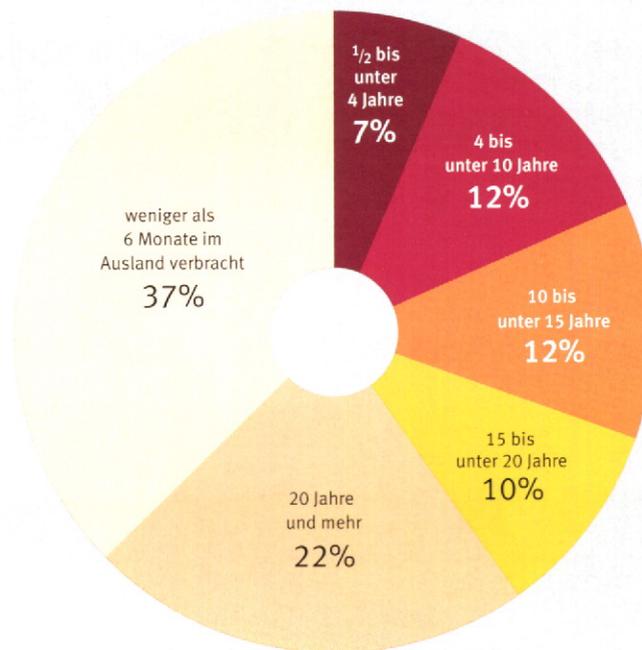
Aufenthaltsdauer der Personen mit Migrationshintergrund

Mehr als ein Drittel aller Personen mit Migrationshintergrund hat fast sein ganzes Leben in Deutschland gewohnt. Sie haben weniger als 6 Monate ihres Lebens im Ausland verbracht. Weitere 22% sind bereits 20 Jahre und länger in Deutschland, was bedeutet, dass von den rund 15,3 Millionen Personen mit Migrationshintergrund mehr als 9 Millionen bereits ihr Leben lang oder seit mindestens 20 Jahren in Deutschland leben.

Einbürgerungen

Zwischen 1981 und 2006 wurden knapp 1,8 Millionen Ausländer zu deutschen Staatsbürgern. Im Jahr 2006 ließen sich ca. 125 000 Ausländer einbürgern. Personen türkischer Herkunft bilden dabei seit Ende der 1990er Jahre zahlenmäßig die größte Einbürgerungsgruppe (im Jahr 2006 waren 27% der eingebürgerten Personen türkischer Herkunft). Weitere größere Gruppen im Jahr 2006 waren Staatsangehörige aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien (14%), Polen (6%) und jeweils ca. 4% frühere Staatsangehörige aus der Russischen Föderation, der Ukraine und Israel.

Personen mit Migrationshintergrund nach ihrer Aufenthaltsdauer in Deutschland, 2005



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2005,
grafische Darstellung: BiB



3 Altersaufbau und Altern der Bevölkerung

3.1 Altersaufbau der Bevölkerung

Der Altersaufbau einer Bevölkerung zeigt wesentliche Einflüsse der demographischen Geschichte eines Landes aus den letzten Jahrzehnten. Er erhält seine Form aus dem Zusammenwirken von Geburtenhäufigkeit und Sterblichkeit sowie den Zu- und Abwanderungen. Diese sind geprägt von wirtschaftlichen und sozialen Ereignissen der Vergangenheit. Die grafische Darstellung ist gekennzeichnet durch mehrere Einschnitte und Ausbuchtungen, hat quasi die Form eines „ausgefranzten Tannenbaumes“.

Momentaufnahme

Der Altersaufbau der Bevölkerung zeigt Frauen und Männer getrennt nach einzelnen Altersjahren vom Alter null bis unter ein Jahr hier bis zum Alter 95 und ist daher ein Abbild der demographischen Vergangenheit. Auf den ersten Blick fallen diverse Ein- und Ausbuchtungen auf, die auf bestimmte Ereignisse der Vergangenheit zurückzuführen sind. Zum Zeitpunkt dieser Ereignisse gelangt man, indem das Altersjahr vom Kalenderjahr des Altersaufbaus subtrahiert wird.

Die Krisenjahre bis 1945

Beginnen wir die Betrachtung von der Spitze des Altersaufbaus: Der erste Einschnitt bei den etwa 90-Jährigen ist Folge des Geburtentiefs im Ersten Weltkrieg. Die ursprüngliche Tiefe der Einschnitte ist aufgrund der hohen Sterblichkeit in diesen Altersjahren allerdings nicht mehr zu erkennen.

Die nächsten geburtschwachen Jahrgänge sind die während der Weltwirtschaftskrise um 1932 Geborenen, heute etwa 74 bis 79 Jahre alt. Die darauffolgenden wieder relativ stark besetzten Altersjahre sind durch das Nachholen von Geburten aus der Zeit der Weltwirtschaftskrise und auch durch die pronatalistische Bevölkerungspolitik des Dritten Reiches begründet. Bei den 61- und 62-Jährigen beginnend lässt sich dann wieder ein Einschnitt erkennen, ursächlich bedingt durch ein Geburtentief am Ende des Zweiten Weltkrieges.

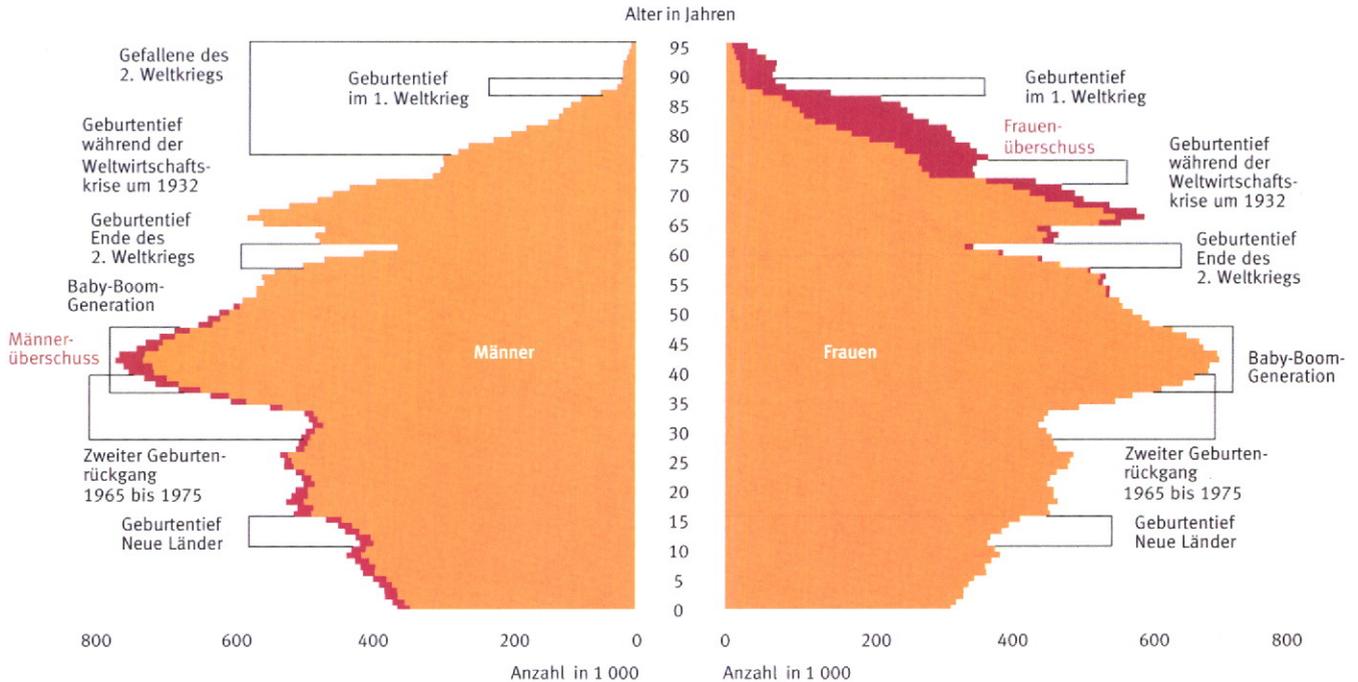
Die Nachkriegszeit bis zum Ende der DDR

In der Nachkriegszeit, insbesondere in den 1950er bis 1960er Jahren, herrschte sowohl aufgrund des Wirtschaftswunders im früheren Bundesgebiet als auch einer Aufbruchsstimmung in der ehemaligen DDR ein soziales Klima vor, das zu hohen Heirats- und Geburtenzahlen beigetra-

gen hat. In dieser Zeit kam die sogenannte „Baby-Boom-Generation“ zur Welt. Dies ist an der Ausbuchtung um das 40. bis 45. Altersjahr zu erkennen. Die stark besetzten Baby-Boom-Jahrgänge sind heute die Ursache dafür, dass sich das Altern der Bevölkerung in Zukunft beschleunigen wird.

Danach gingen, 1965 beginnend, in beiden ehemaligen deutschen Staaten die Geburtenzahlen stark zurück. Die Altersjahrgänge der etwa 35-Jährigen und Jüngeren sind deutlich reduziert. Dies ist aus der westdeutschen Sicht das Ergebnis des zweiten Geburtenrückgangs, der allgemein als „Europe's Second Demographic Transition“ bezeichnet wird. Es ist ein Geburtenrückgang, der mit einem gesellschaftlichen Wertewandel, dem Trend zur Individualisierung, der veränderten Rolle der Frau und dem Wandel in den Lebensformen in Verbindung steht. Natürlich hat auch die Freigabe der Antikonzeptiva und die Liberalisierung der Gesetzgebung zum Schwangerschaftsabbruch dazu beigetragen. Der häufig gebrauchte Ausdruck „Pillenknick“ erscheint hier irreführend, da er den gesellschaftlichen Wandel jener Zeit als Ursache ausblendet. Allerdings wäre ohne Schwangerschaftsverhütungsmittel der Geburtenrückgang langsamer verlaufen. In der ehemaligen DDR

Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland, 31.12.2006



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, grafische Darstellung: BiB

3 Altersaufbau und Altern der Bevölkerung

dagegen ist der Geburtenrückgang weitestgehend auf die Freigabe der Antibabypille und die Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs zurückzuführen.

In Westdeutschland ist seitdem bis heute ein konstant niedriges Geburtenniveau zu verzeichnen. In der DDR stiegen Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre infolge von Nachholeffekten und einer geburtenfördernden Familienpolitik die Geburtenzahlen nochmals an, gingen kurz danach aber wieder zurück. Zu erkennen ist dies an einer kleinen Ausbuchtung um das 25. Altersjahr.

Die Zeit nach 1990

In den Jahren nach der deutschen Wiedervereinigung kam es in den neuen Ländern zu einem in der Geschichte Deutschlands bisher nicht dagewesenen Tiefststand der Geburtenzahl („Demographic Shocks“), der die Altersjahre 16 und darunter wesentlich reduzierte. Die Geburten stiegen zwar seit 1995 wieder, erreichten jedoch, ebenso wie in Westdeutschland, bei weitem nicht mehr das Geburtenniveau der 1960er Jahre. Angezeigt im Altersaufbau wird das Geburten-tief in den neuen Bundesländern zwischen dem 10. und 15. Altersjahr.

Seit dem Ende der Baby-Boom-Zeit werden die Geburtsjahrgänge immer kleiner. Dies liegt daran, dass das Geburtenniveau nicht mehr ausreicht, um die Elterngeneration durch eine gleich große Anzahl von Kindern zu ersetzen. Gegenwärtig wird die Elterngeneration nur noch zu zwei Dritteln ersetzt.

Frauen- und Männerüberschüsse

Auffällig im Altersaufbau ist der hohe Frauenüberschuss in den Altersjahren ab 60. So entfallen hier 131 Frauen, darunter bei den Hochbetagten 244, auf 100 Männer. Ursache hierfür ist zum einen die Dezimierung der Männerjahrgänge während des Zweiten Weltkrieges und zum anderen die zwischen Frau und Mann unterschiedlich hohe Lebenserwartung. Im Gegensatz dazu lässt sich bis zum 56. Lebensjahr ein leichter Männerüberschuss feststellen. Dieser resultiert aus dem Überschuss der neugeborenen Jungen gegenüber den Mädchen von 105 : 100. Die höhere Sterblichkeit der Männer führt dann aber, derzeitig beginnend mit dem 57. Altersjahr, zu einem Frauenüberschuss.



3 Altersaufbau und Altern der Bevölkerung

3.2 Altern der Bevölkerung

Deutschlands Bevölkerung altert seit über 100 Jahren. Demographische Alterung ist also ein langfristiger Prozess. In den nächsten Jahrzehnten ist ihre Geschwindigkeit am stärksten, da die Baby-Boomer in ein höheres Lebensalter vorrücken. Die Alterung wird in Zukunft vor allem von den Hochbetagten dominiert. Auch in Zukunft sind die meisten Älteren weiblich.

Was bedeutet Altern der Bevölkerung?

Die demographische Alterung ist in Deutschland wie in vielen anderen Ländern der beherrschende demographische Trend. „Alterung“ steht für einen Prozess, man sollte sie immer im Zeitverlauf betrachten. Die Alterung einer Bevölkerung als Ganzes ist nicht leicht zu bestimmen. Nur anhand von Informationen über die Altersstruktur weiß man, wie sich die Proportionen auf die jungen, mittleren und älteren Altersgruppen verteilen und verändern.

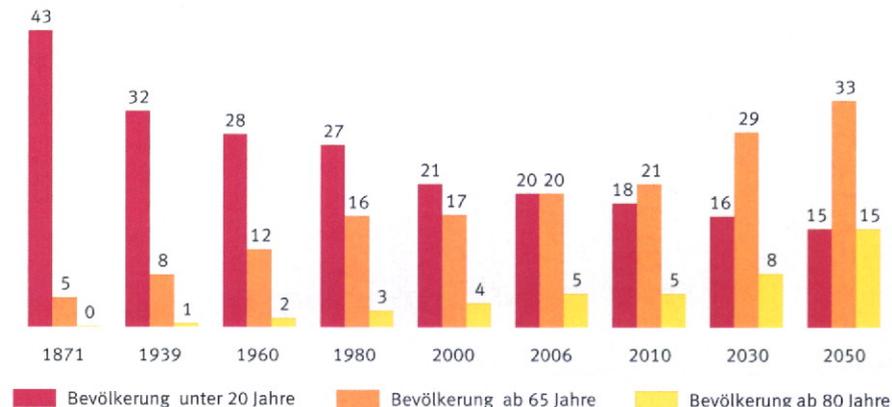
Demographisch altert eine Bevölkerung, wenn die Zahl und der Anteil älterer Menschen ansteigen. Diese Alterung stellt die Gesellschaft vor vielschichtige Herausforderungen, denn sie kann nicht völlig umgekehrt, günstigenfalls in Geschwindigkeit und Ausmaß beeinflusst werden. Die Alterung ist die Folge des „demographischen Übergangs“. Weil vor

über 100 Jahren die durchschnittliche Kinderzahl abnahm, verringerte sich auch der Anteil junger Menschen an der Bevölkerung. Die Bevölkerung begann „von unten“ zu altern. Seit sich das Geburtenniveau auf einem niedrigen Level eingependelt hat, wird der Einfluss der Sterblichkeit auf die Alterung stärker. Immer mehr ältere Menschen leben immer länger: das ist die Alterung „von oben“. Dieser Effekt wird sich verstärken, wenn die Baby-Boom-Generation

aus den 1950er/1960er Jahren in das Rentenalter eintritt.

Durch Migration findet in aller Regel keine wesentliche Verjüngung der Bevölkerung statt – es sei denn, sie verläuft sehr einseitig, wie die Abwanderung aus Ostdeutschland, die die Alterung in den neuen Ländern deutlich verstärkte. In besonders starkem Ausmaß sind davon Schrumpfsregionen im ländlichen Raum betroffen.

Entwicklung der Bevölkerung unter 20, ab 65 und ab 80 Jahren (in %)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt (ab 2010: 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 1-W1), grafische Darstellung: BiB

Verlauf der Alterung

Deutschlands Bevölkerung altert bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts, in den nächsten zwei Jahrzehnten jedoch besonders stark. Während der Anteil der Jugend (unter 20 Jahre) 1871 noch 43% betrug, nahm er bis 2006 auf 20% ab. Bis 2050 wird der Anteil auf 15% sinken. Der Anteil der älteren Bevölkerung ab 65 Jahre vervierfachte sich zwischen 1871 und 2006 von 5% auf 20%. Bis zur Jahrhundertmitte wären dann gut 33% der Bevölkerung ab 65 Jahre und älter. Damit hätte sich der Anteil in den 180 Jahren mehr als versechsfacht.

Stärkster Anstieg bei den Hochbetagten

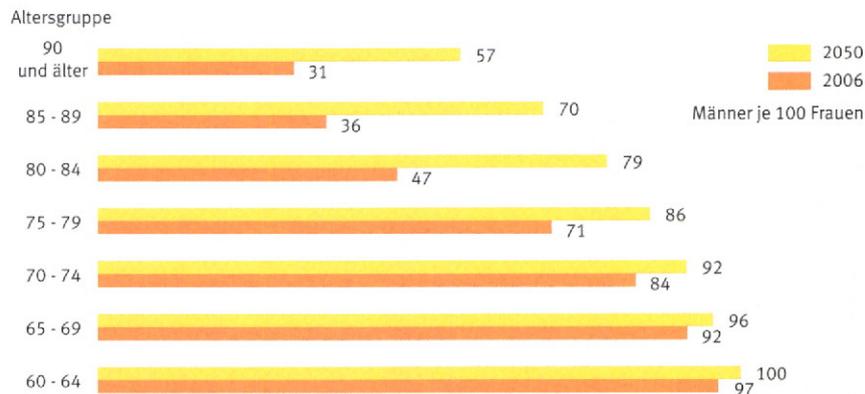
Die Alterung wird in Zukunft von den Hochbetagten (ab 80 Jahren) dominiert. Dies ist nicht zuletzt deshalb bedeutsam, weil vor allem diese Altersgruppe Hilfe- und Pflegeleistungen in Anspruch nehmen muss. Lebten 1871 weniger als 1% ab 80-Jährige in Deutschland, so nahm ihr Anteil bis 2006 auf 5% zu und wird sich bis 2050 nochmals verdreifachen. Dann wäre der Anteil der 80-Jährigen und Älteren genau so hoch wie der der unter 20-Jährigen. Die Hochbetagten sind außerdem die einzige Altersgruppe, die bis 2050 im Bestand noch nennenswert anwachsen wird.

Die Alterung ist weiblich

Auch in Zukunft bleibt die Alterung in Deutschland weiblich. Zwar holen die Männer bei der Lebenserwartung auf. Dennoch: auch im Jahr 2050 werden mehr Frauen im Seniorenalter leben als Männer, weil ihre Lebenserwartung wohl höher bleiben wird. Dieser Unterschied wird allerdings erst bei den Hochbetagten richtig deutlich. So kommen künftig

auf 100 Frauen zwischen 60 und 70 Jahren immerhin noch mehr als 95 Männer, während dieses Verhältnis bei den höheren Altersgruppen deutlich unausgeglichener ist: bei den 85- bis 89-Jährigen sind es dann 70, und bei den ab 90-Jährigen nur noch 57 Männer je 100 Frauen.

Geschlechterproportion ab dem Alter 60, 2006 und 2050 (Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt (für 2050: 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 1-W1), grafische Darstellung: BiB

3 Altersaufbau und Altern der Bevölkerung

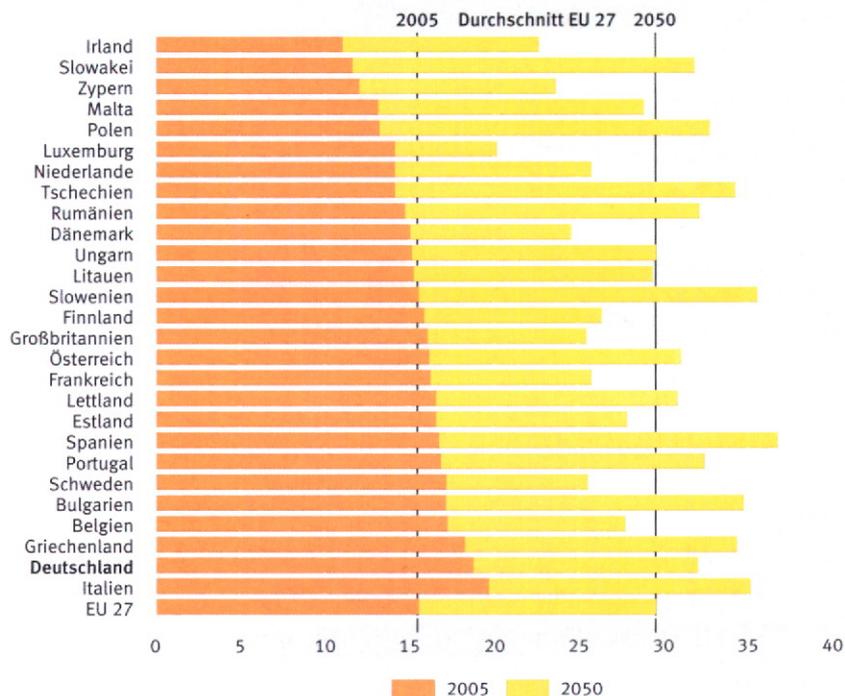
3.3 Demographischer Wandel: Deutschland in Europa

Die Länder der Europäischen Union weisen heute, bei allen regionalen Unterschieden, eine niedrige Fertilität auf. Die Zahl der Geburten liegt seit längerer Zeit kontinuierlich unterhalb des Niveaus, das für den Ersatz der Elterngeneration erforderlich wäre. Die natürliche Bevölkerungsentwicklung ist daher in vielen europäischen Ländern negativ. In einigen, darunter Deutschland, geht auch die Zahl der Einwohner absolut zurück. Zusammen mit einer hohen und weiter steigenden Lebenserwartung resultiert aus dieser Entwicklung eine steigende Zahl Älterer und vor allem Hochbetagter und ein schrumpfender Anteil an Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, die Bevölkerungen altern.

Niedrige Fertilität in der Europäischen Union

Nachdem Europa nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges einen Baby-Boom erlebte, setzte Mitte der 1960er Jahre in vielen Ländern ein starker Rückgang der Kinderzahl ein. Deutschland gehörte bei dieser Entwicklung zu den Vorreitern und weist heute eine zusammengefasste Geburtenziffer von lediglich 1,35 Kindern je Frau auf. Später folgten die südeuropäischen Länder dieser Entwicklung und nach der Wende auch die Transformationsstaaten Osteuropas. In bei-

Anteile der 65-Jährigen und Älteren in der EU, 2005 und 2050 (in %)



Datenquelle: UN World Population Prospects 2006 Revision, Modellrechnung mit konstanter Fertilität

den Regionen liegt die Fertilität heute noch niedriger als in Deutschland. Die sieben Länder mit der niedrigsten zusammengefassten Geburtenziffer sind allesamt ehemals sozialistische Länder. Das niedrigste Niveau weist Tschechien mit einem Wert von 1,18 auf. Auf Platz 8 folgt als erster Nicht-Transformationsstaat Griechenland, das eine zusammengefasste Geburtenziffer von 1,28 aufweist. Das höchste Geburtenniveau in der EU-27 erreichen im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2005 Irland (1,97), Frankreich (1,88) und Dänemark (1,76).

Natürliche Bevölkerungsentwicklung rückläufig

Als Resultat der niedrigen Fertilität geht das natürliche Bevölkerungswachstum zurück. Gegenwärtig sterben in einigen EU-Ländern pro Jahr bereits mehr Menschen als Kinder geboren werden. Besonders ausgeprägt ist diese Entwicklung in solchen Ländern wie Deutschland, in denen die Fertilität entweder besonders niedrig ist oder bereits sehr lange auf einem niedrigen Niveau verharrt.

Bei gleichbleibender Fertilität werden bis zur Mitte des Jahrhunderts fast alle heutigen EU-Länder eine negative natürliche Bevölkerungsbilanz aufweisen. Ohne Zuwanderung wird ihre Bevölkerungszahl folglich abnehmen.

Gesamtbevölkerung der EU sinkt

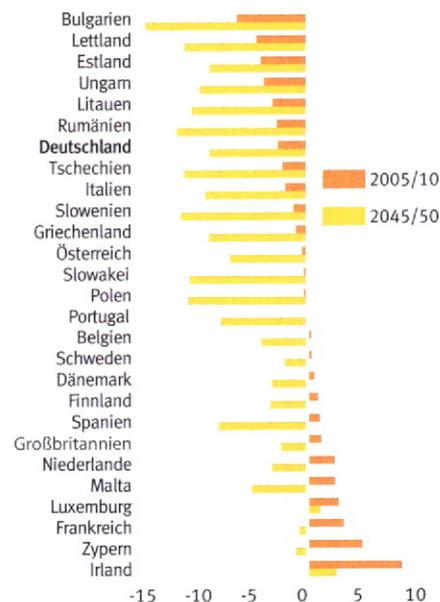
Nach einer Modellrechnung der UN wird die Bevölkerung der EU 27 zwischen 2005 und 2050 von 490 Millionen auf 455 Millionen bzw. um 35 Millionen oder -7,3% schrumpfen (bei gleichbleibender Fertilität und Zuwanderung in der Größenordnung der letzten Jahre).

Ein Bevölkerungswachstum weisen nur noch wenige Länder auf. Mit Irland und Luxemburg werden bis 2050 zwei kleinere Länder am stärksten wachsen, jeweils um mehr als 50%, Irland wegen einer vergleichsweise hohen Fertilität, Luxemburg infolge einer hohen Zuwanderung.

Anteil der 65-Jährigen und Älteren nimmt in der EU bis 2050 stark zu

Die Alterung der EU-Bevölkerung zeigt sich exemplarisch am Anstieg des Anteils der 65-Jährigen und Älteren an der Gesamtbevölkerung. Dieser steigt in der EU zwischen 2005 und 2050 von 17 auf 30%. In Deutschland betragen die entsprechenden Anteile 19 und 32%. Die Auswirkungen niedriger Fertilität auf die Alterung zeigen beispielhaft die Slowakei und Polen. Beide haben z. Zt. eine sehr niedrige Fertilität, doch liegt ihr Anteil an ab 65-Jährigen gegenwärtig noch deutlich unter dem EU-Durchschnitt, bis 2050 aber deutlich darüber.

Natürliche Bevölkerungsbilanz in den Ländern der EU, 2005/10 und 2045/50



Geborenen(+)/Gestorbenen(-)überschuss je 1000 Einwohner

Datenquelle: UN World Population Prospects 2006 Revision, Modellrechnung mit konstanter Fertilität

4 Die demographische Situation in den Bundesländern

4 Die demographische Situation in den Bundesländern

Der demographische Wandel hat auch eine räumliche Seite. Deutschland ist vor allem von einem Ost-West-Gegensatz in der Bevölkerungsentwicklung gekennzeichnet, aber auch sonst gibt es deutliche Muster. Insbesondere Wanderungen führen zu regionalen Unterschieden. In Zukunft dürften die demographischen Differenzen weiter zunehmen.

Die regionale Seite der Demographie

Demographische Trends zeigen sich in räumlichen Mustern, die relativ beständig sind und in jedem Land beobachtet werden können. Sie sind unter anderem Folge von unterschiedlichen Arbeits- und Lebensbedingungen, sozioökonomischen Strukturen und regional-kulturellen Eigenheiten. Die jeweiligen demographischen Prozesse beeinflussen wiederum die Entwicklung einer Region.

Veränderung im Bevölkerungsbestand nach Bundesländern, 1990 bis 2006 (in %)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, grafische Darstellung: BiB

Komponenten der Bevölkerungsentwicklung im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin-West), in den neuen Bundesländern (ohne Berlin-Ost) und in Berlin, 1991 – 2006 (in 1 000)

Komponenten	Früheres Bundesgebiet	Neue Bundesländer	Berlin
Binnenwanderungssaldo	968	-851	-134
Außenwanderungssaldo	3 551	438	212
Natürlicher Saldo	-412	-1 088	-110
Gesamtsaldo	4 107	-1 501	-31

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen BiB

Demographische Muster in den Ländern

Das räumliche Muster der Fertilität wurde aufgrund des außergewöhnlichen Geburtenrückgangs in Ostdeutschland seit 1990 lange vom Ost-West-Gegensatz dominiert. Die ostdeutschen Länder haben sich aber den westdeutschen zunehmend angeglichen. Mittlerweile sind die Unterschiede im Geburtenniveau eher gering. Niedersachsen hat den höchsten Wert, Schlusslichter waren Berlin und Hamburg. Auch bei der Sterblichkeit dominiert der Ost-West-Gegensatz. Die Ost-West-Lücke in der Lebenserwartung

schloss sich zwar seit 1990 deutlich, ist aber noch vorhanden. Es gibt außerdem ein Nord-Süd-Gefälle, und zwar in Ost wie West. Der Süden Westdeutschlands hat die höchste Lebenserwartung (Männer und Frauen: Baden-Württemberg), die neuen Bundesländer haben die niedrigste, zusammen mit einzelnen westdeutschen Ländern (Männer: Mecklenburg-Vorpommern; Frauen: Saarland).

Wanderungen bestimmen die regionale Verteilung der Bevölkerung am stärksten. Die Zuwanderung aus dem Ausland konzentriert sich

auf Westdeutschland. Nach Niedersachsen zogen seit 1991 die meisten Zuwanderer, gefolgt von Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Die Binnenwanderung zeigt ein weniger einheitliches Bild. Aus dem In- und Ausland zusammen wanderten die meisten Menschen nach Bayern, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Am wenigsten konnten die ostdeutschen Länder von Zuwanderung profitieren. Bayern und Rheinland-Pfalz hatten als einzige Länder eine höhere Binnen- als Außenwanderung.



4 Die demographische Situation in den Bundesländern

Schrumpfung und Wachstum nebeneinander

Die demographischen Prozesse führen zu einem Nebeneinander von Wachstum und Schrumpfung. Westdeutschlands Bevölkerung (außer Berlin, Bremen und Saarland) gewann seit der Wiedervereinigung bis zu 9% hinzu. Bevölkerungsrückgänge mit bis zu 13% waren auf die ostdeutschen Länder konzentriert. Diese Zweiteilung wird sich in Zukunft auflösen. Es wird nur noch für drei Bundesländer (Hamburg, Baden-Württemberg, Bayern) mittelfristig ein Bevölkerungswachstum angenommen.

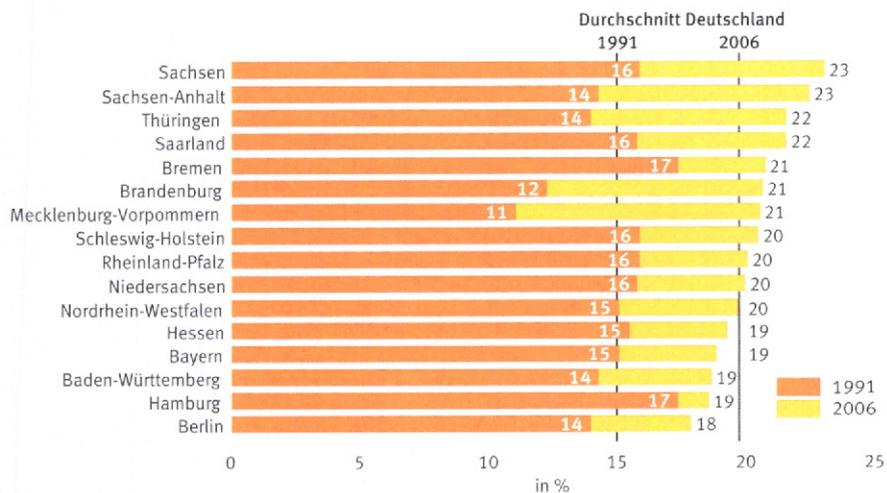
Haupttrend Alterung

Auch die Alterung verläuft regional unterschiedlich. Zu Zeiten der Wiedervereinigung wiesen die ostdeutschen Länder die jüngsten Altersstrukturen auf. Heute gehören sie demographisch zu den ältesten Ländern. Hamburg, Berlin und Baden-Württemberg hatten dagegen in 2006 den niedrigsten Anteil Älterer an der Gesamtbevölkerung. In den westdeutschen Ländern verlief die Alterung moderat und wurde eher durch die wachsende Zahl Älterer verursacht. In den ostdeutschen Ländern war sie sehr viel stärker und vor allem Folge des Rückgangs der Zahl der jün-

geren Bevölkerung durch niedrige Geburtenzahlen und hohe Abwanderung. Auch künftig wird der Alterungsprozess in den neuen Ländern intensiver verlaufen als in den alten.



Anteil der 65-Jährigen und Älteren nach Bundesländern,
1991 und 2006 (in %)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, grafische Darstellung: BIB

5 Familienbildung und Ehescheidungen

5.1 Geburtenhäufigkeit

Deutschland ist ein Niedrig-Fertilitätsland. Im Durchschnitt werden in West und Ost etwa 1,4 Kinder je Frau geboren. Jeder Kinderjahrgang wird damit etwa um ein Drittel kleiner als seine Elterngeneration. Die niedrige Geburtenhäufigkeit trägt zum schnellen Altern der Bevölkerung in Deutschland bei. Die hohe Kinderlosigkeit ist einer der Gründe für das niedrige Geburtenniveau.

Niedriges Niveau in West und Ost

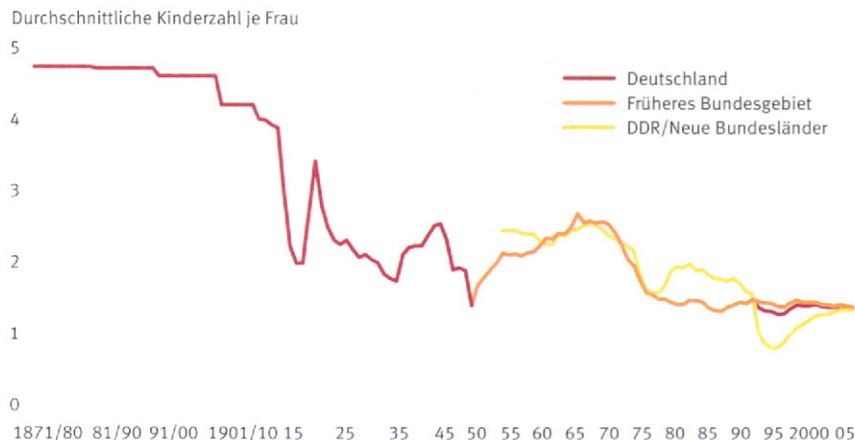
Im Jahr 2006 sind in Deutschland 672 000 Kinder zur Welt gekommen. Bereits der Vergleich zum Jahr 1964, in dem 1 357 000 Kinder geboren wurden, zeigt die Dimension des Geburtenrückgangs an. Die Geburtenzahlen haben sich in dieser Zeit nahezu halbiert. Nach der zusammengefassten Geburtenziffer wurden 2006 im Durchschnitt je Frau im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin-West) 1,36 und in den neuen Bundesländern (ohne Berlin-Ost) 1,32 Kinder geboren. Die West-Ost-Unterschiede aus der ersten Hälfte der 1990er Jahre sind damit nicht mehr existent.

Zwei Geburtenrückgänge

In einem Zeitraum zwischen dem Ende des 19. Jahrhunderts und der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts haben sich zwei Geburtenrückgänge ereignet, die zu dem heutigen niedrigen Geburtenniveau geführt haben. Der erste Geburtenrück-

gang war in der Zeit der Industrialisierung Teil des ersten demographischen Übergangs, in dem sowohl die Sterbe- als auch die Geburtenhäufigkeit zurückgegangen sind. Die zusammengefasste Geburtenziffer sank zwischen 1890 und 1915 von 4,7 auf 2,9. In der Zeit zwischen 1965 und 1975

Zusammengefasste Geburtenziffern in Deutschland, 1871 bis 2006



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, grafische Darstellung: BiB

erlebte u.a. Deutschland einen zweiten Geburtenrückgang, der als „Europe's Second Demographic Transition“ bezeichnet wird. Seither ist das Geburtenniveau mit durchschnittlich etwa 1,4 Kindern je Frau zumindest im früheren Bundesgebiet konstant niedrig.

Beide Geburtenrückgänge unterscheiden sich, sind aber hinsichtlich des Wandels von Ehe und Familie miteinander verknüpft. Im ersten Geburtenrückgang hat sich die heutige Normalfamilie (verheiratete Eltern mit Kindern) als Mainstream-Modell herausgebildet. Mit dem zweiten Gebur-

tenrückgang beginnt die Dominanz dieser Familienform zu schwinden. Selbstverwirklichung, Erwerbsorientierung der Frau oder außerhäusliche Anerkennung wurden immer bedeutsamer und gehen mit geringeren Kinderzahlen einher.

Kinderlosigkeit für ausgewählte Geburtsjahrgänge, 1940 – 1966 (in %)

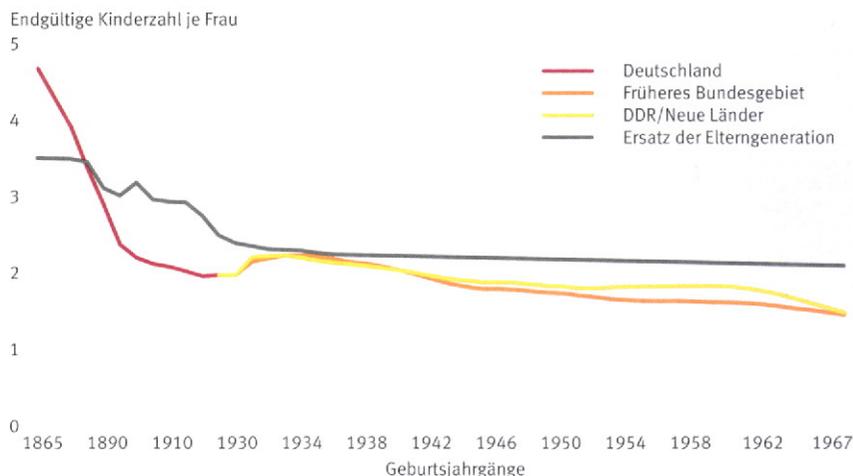
Geburtsjahre	Früheres Bundesgebiet	Neue Bundesländer
1940	10	9
1945	13	8
1950	15	8
1955	19	6
1960	22	10
1965	28	10
1966	29	12

Datenquelle: Berechnungen BiB



5 Familienbildung und Ehescheidungen

Endgültige Kinderzahlen der Geburtsjahrgänge 1865 bis 1967 in Deutschland und die für den Ersatz der Elterngenerationen notwendige Kinderzahl



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, grafische Darstellung: BiB

Besondere Trends in den neuen Bundesländern

In der ehemaligen DDR sind die Geburtenzahlen in den 1960er und 1970er Jahren ebenfalls, allerdings aufgrund der Freigabe der Antibabypille und der Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs, stark gesunken. Familienpolitische Maßnahmen haben dann gemeinsam mit dem Nachholen von Geburten nochmal zu einem kurzzeitigen Anstieg geführt. Ein deutlicher Einbruch der Geburtenhäufigkeit – verbunden mit dem Ende der DDR – trat in der ersten Hälfte der 1990er Jahre ein. Der schnelle soziale Wandel, individuelle Unsicherheiten oder Existenzsorgen ließen einen Teil der Frauen ihre Geburtenbiographie abbrechen. Die Jüngeren haben mit einem Verschieben der Familiengründung in einen späteren Lebensabschnitt reagiert. Das Zusammenspiel beider Prozesse hat zu dem rasanten Absinken der Geburtenziffern geführt.

Endgültige Kinderzahlen der Geburtsjahrgänge – kein Ersatz der Elterngenerationen

Die endgültigen Kinderzahlen der Geburtsjahrgänge reichen seit langem nicht mehr aus, um die Elterngenerationen zu ersetzen. Letztmalig war dies im Geburtsjahrgang 1880 zu verzeichnen. Der Geburtsjahrgang 1967 hat im Durchschnitt gleichermaßen in West und Ost 1,4 Kinder.

Deutschland – ein Land der Kinderlosigkeit?

Im Geburtsjahrgang 1966 werden im früheren Bundesgebiet voraussichtlich knapp 30% der Frauen kinderlos bleiben (Geburtsjahrgang 1940: 10%). Dies ist im internationalen Vergleich ein sehr hoher Wert. Verbreitet ist Kinderlosigkeit insbesondere unter Akademikerinnen (Geburtsjahrgang 1966 in Westdeutschland: ca. 38%, Berechnung nach Mikrozensus).



5 Familienbildung und Ehescheidungen

5.2 Eheschließungen und Ehescheidungen

Die Heiratshäufigkeit ist ähnlich wie die Geburtenhäufigkeit seit den 1960er Jahren deutlich gesunken. Gegenwärtig heiraten nur noch drei Viertel der Frauen und zwei Drittel der Männer zumindest einmal im Leben. Ehe- und Kinderlosigkeit sind zu einem verknüpften Verhaltensmuster geworden.

Die geschlossenen Ehen unterliegen einem immer höheren Scheidungsrisiko. Etwa ein Drittel aller geschlossenen Ehen wird durch eine Scheidung beendet.

Geringe Heiratsneigung

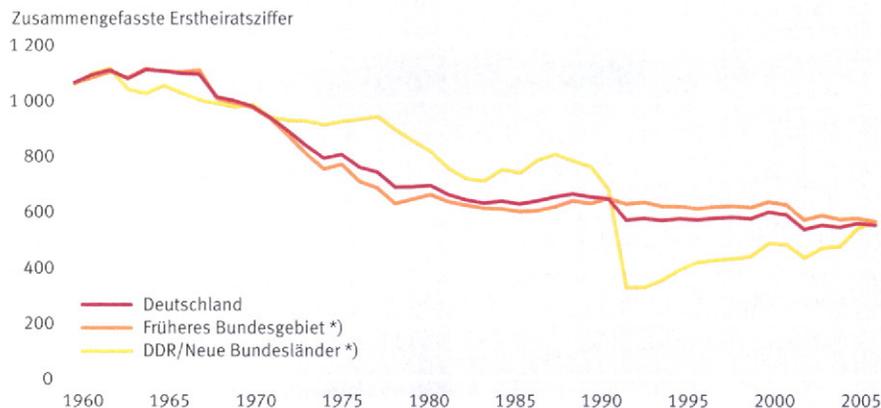
Im Jahr 2005 sind in Deutschland 374 000 Ehen geschlossen worden. Die Zahl der Eheschließungen sinkt im Trend schon seit längerem.

Die Rückgänge haben im früheren Bundesgebiet – gemessen an der zusammengefassten Erstheiratsziffer – ebenso wie bei der Geburtenhäufigkeit bereits in der Mitte der 1960er Jahre eingesetzt. Seit dem Beginn der 1980er Jahre verharrt die Erstheiratshäufigkeit auf einem konstant niedrigen Niveau. In der DDR war die Heiratshäufigkeit

zwar auch gesunken, aber auf einem höheren Niveau verblieben. Mit dem Geburtentief in der ersten Hälfte der 1990er Jahre sind dort (in Ostdeutschland) auch die Erstheiratsziffern deutlich gesunken, da mit dem Verzicht auf Kinder auch das zentrale Heiratsmotiv entfallen war. Mit der erneut ansteigenden Geburtenhäufigkeit hat dann auch die Heiratshäufigkeit wieder zugenommen.

Soll der Anteil der Ersteheschließungen je 100 Ledige gezeigt werden, müssen die Ergebnisse von Erstheiratstafeln herangezogen werden. Danach gehen gegenwärtig im früheren Bundesgebiet 77% der Frauen und 67% der Männer eine Erstehe ein. Anfang der 1970er Jahre waren dies noch 93% bei den Frauen und 87% bei den Männern. In den neuen Bundesländern ist die

Zusammengefasste Erstheiratsziffern der Frauen, 1960 bis 2005



*) Ab 1990 jeweils ohne Berlin

Datenquelle: Statistisches Bundesamt und Berechnungen des BiB, grafische Darstellung: BiB

hohe Heiratsneigung bis zum Ende der DDR bestehen geblieben. Noch 1990 heirateten 92% der Frauen und 88% der Männer zumindest einmal im Leben. Inzwischen hat sich die Heiratshäufigkeit in den neuen Bundesländern dem niedrigen westdeutschen Niveau angeglichen.

Eine immer höhere Scheidungshäufigkeit

Gegenwärtig enden in Deutschland ca. ein Drittel der geschlossenen Ehen mit einer Scheidung. Im Trend ist die Scheidungsneigung seit den 1970er Jahren angestiegen. Unterbrochen wurde der Trend im früheren Bundesgebiet in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre mit der Umstellung des Scheidungsrechts vom Schuld- auf das Zerrüttungsprinzip und einem seither vorgeschriebenen Trennungsjahr. Mit der Übertragung dieses Scheidungsrechts auf die neuen Bundesländer kam es auch dort zu einem kurzzeitigen Scheidungstief. Der nachfolgende Anstieg ließ die Scheidungshäufigkeit fast das westdeutsche Niveau erreichen.

Die Analyse nach Kalenderjahren

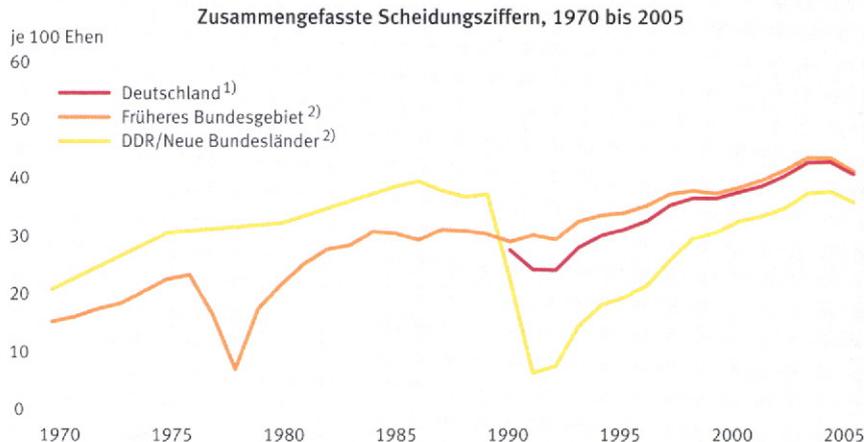
Bestünde das Scheidungsniveau des Jahres 2005 über weitere 25 Jahre fort, dann würden etwa 40% aller Ehen durch Scheidung getrennt werden.

1995 lag dieser Wert noch bei ca. 30%. 2005 ist seit längerem ein Rückgang eingetreten. Es bleibt abzuwarten, ob hier ein neuer Trend einsetzt.

Ehescheidungen nach Heiratsjahren

Die Scheidungsneigung nach Heiratsjahren

zeigt niedrigere Werte, da in den älteren Heiratsjahren eine niedrigere Scheidungsintensität bestand. Der Heiratsjahrgang 1980 hat nach 25-jähriger Ehedauer mit 33,6% die bisher höchsten Scheidungsanteile zu verzeichnen (1965: 20,8%).



1) Aufgrund der unterschiedlichen rechtlichen Rahmenbedingungen für Scheidungen wurde auf einen Ausweis der zusammengefassten Scheidungsziffer für Deutschland vor 1990 verzichtet.

2) Ab 1990 jeweils ohne Berlin.

Datenquelle: Statistisches Bundesamt und Berechnungen des BiB, grafische Darstellung: BiB

5 Familienbildung und Ehescheidungen

5.3 Altersmuster der Familienbildung

Die Gründung einer Familie wird von den Männern und Frauen in Deutschland auf einen immer späteren Zeitpunkt im Lebenslauf gelegt. Indikatoren sind das Alter einer ersten Eheschließung und die altersspezifischen Geburtenziffern von Frauen. Im Vergleich zur Mitte des 20. Jahrhunderts ist der Altersdurchschnitt beim Heiraten und beim Kinderkriegen merklich gestiegen.

Männer heiraten im Durchschnitt erst mit über 30 Jahren zum ersten Mal

Im Jahr 2000 waren Männer im früheren Bundesgebiet bei der ersten Eheschließung im Durchschnitt 30,0 Jahre (neue Bundesländer: 29,6 Jahre) alt. Frauen heirateten etwas früher mit 27,4 Jahren (früheres Bundesgebiet) bzw. 27,2 Jahren (neue Bundesländer).

Insgesamt ist das durchschnittliche Erstheiratsalter in Deutschland zwischen 1960 und 2000 um etwa fünf Jahre gestiegen. Damals wie heute waren Männer bei ihrer ersten Eheschließung im Schnitt etwa zwei bis drei Jahre älter als Frauen. Die Tendenz, in der DDR etwas früher zu heiraten

als in Westdeutschland, hatte sich bis zur Wende fortgesetzt, danach setzte ein Anstieg des Erstheiratsalters ein. Im Jahr 2005 wiesen Frauen und Männer in den neuen Bundesländern (ohne Berlin-Ost) mit 29,1 bzw. 31,7 Jahren ein höheres Erstheiratsalter auf als im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin-West). Dort betrug es 28,6 Jahre für Frauen und 31,1 Jahre für Männer.

Die Gründe für spätere Eheschließungen sind vielfältig. Sie werden oft in äußeren Bedingungen, etwa den längeren Ausbildungszeiten, heute aber auch in individuellen Entscheidungen und Planungen gesehen. Die normativ geprägte Vorbereitung von Lebensläufen spielt in unserer Zeit

für den Einzelnen eine geringere Rolle und hängt eben stärker von der eigenen Entscheidung ab, wann die Eheschließung am besten in den individuellen Lebensverlauf passt. Generell findet in unserer Zeit eine Verlängerung der Lebensphase „Jugend“ und des damit einhergehenden Lebensstils statt. Wird die Entscheidung zu einer Eheschließung getroffen, erfolgt dies häufig zu einem Zeitpunkt, der mit dem Einstieg ins Berufsleben zusammenfällt und damit die „jugendliche“ Lebensphase meist beendet.

Zu berücksichtigen sind bei der Verschiebung des Erstheiratsalters die historischen Besonderheiten nach dem Zweiten Weltkrieg. Im „Golden

Durchschnittsalter lediger Frauen und Männer bei der Erstheirat, 1960 – 2005 (in Jahren)

Jahre	Früheres Bundesgebiet*		Neue Bundesländer*	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
1960	25,9	23,7	23,9	22,5
1970	25,6	23,0	24,0	21,9
1980	26,1	23,4	23,9	21,8
1991	28,6	25,9	26,0	23,6
2000	30,0	27,4	29,6	27,2
2005	31,1	28,6	31,7	29,1

* Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West und neue Bundesländer ohne Berlin-Ost.

Datenquelle: Statistisches Bundesamt und Berechnung des BiB

Age of Marriage“ lag das durchschnittliche Erstheiratsalter auf einem historischen Tiefstand, erst Ende der 1980er Jahre wurde in Westdeutschland wieder das Niveau der früheren Jahrzehnte erreicht.

Weniger Kinder und ältere Mütter

Es werden nicht nur weniger Kinder geboren, sondern diese kommen häufig auch deutlich später zur Welt als in vergangenen Jahrzehnten. Während in den 1960er Jahren die meisten Geburten bei westdeutschen Frauen in einem Alter um das 26. Lebensjahr lagen, ist der Gipfel im Jahr 2005 bei etwa 31 Jahren zu finden. In Ostdeutschland konzentrierte sich 1960 die Spitzenzahl an Geburten auf das Alter von 23 Jahren und ist im Jahr 2005 mit 29 Jahren immer noch niedriger als in Westdeutschland. Auch das Durchschnittsalter ist in Westdeutschland um fast zwei Jahre von 27,8 im Jahr 1960 auf 29,6 im Jahr 2005 gestiegen – in Ostdeutschland sind es zwei Jahre (von 26,4 auf 28,4).

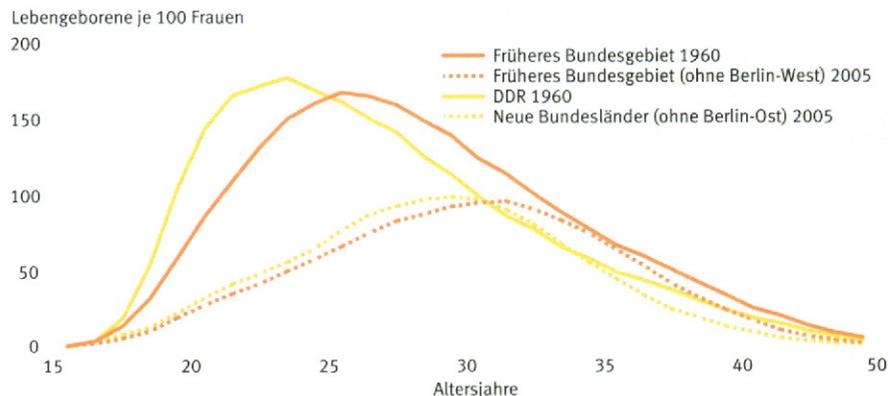
Diese Anstiege sind im Verlauf der altersspezifischen Geburtenziffern dokumentiert. Die Kurvenverläufe zeigen für das Jahr 1960 noch die typischen West-Ost-Unterschiede mit dem frühen Geburtengipfel in der DDR. Bis 2005 haben sich

die Kurvenverläufe mit späteren Gipfelwerten angenähert. Der abgeflachte Kurvenverlauf zeigt das niedrigere Geburtenniveau an. Ein vielfach erwarteter Nachholeffekt nach dem 30. Lebensjahr ist nicht zu erkennen.

Die Gründe für das spätere Kinderkriegen sind ähnlich vielfältig und ebenso stark mit der Individualisierung von Entscheidungen zum Lebensverlauf verbunden, wie die Frage der

Eheschließung. Besondere Einflussfaktoren sind die längeren Ausbildungszeiten und die steigende Bildung, die höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen im Vergleich zu den 1950er und 1960er Jahren oder die Einstellung, erst Kinder zu bekommen, wenn die angestrebte berufliche Position erreicht ist und dem Kind eine gesicherte Zukunftsperspektive geboten werden kann.

Altersspezifische Geburtenziffern in West- und Ostdeutschland, 1960 und 2005



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, grafische Darstellung: BiB

5 Familienbildung und Ehescheidungen

5.4 Schwangerschaftsabbrüche

Im Jahr 2006 wurden dem Statistischen Bundesamt weniger Schwangerschaftsabbrüche gemeldet als 1996. Zugleich wurden in diesem Zeitraum weniger Kinder geboren, so dass die Abbruchsziffer jetzt höher liegt. Das deutet darauf hin, dass die Bereitschaft, (ungewünschte) Schwangerschaften abzubrechen, leicht gestiegen ist. Trotz der seit 1996 bundeseinheitlichen Gesetzgebung zum § 218 ist die Abbruchssituation regional, insbesondere zwischen West und Ost, sehr unterschiedlich.

Seit dem 1. Januar 1996 gilt eine für West- und Ostdeutschland einheitliche gesetzliche Regelung zum § 218: Schwangerschaftsabbrüche sind nicht strafbar, wenn die Schwangerschaft innerhalb der ersten 12 Wochen durch einen Arzt bei Vorlage einer Bescheinigung über eine Schwangerschaftskonfliktberatung abgebrochen wird (Beratungsregelung). Zudem sind Schwangerschaftsabbrüche bei einer medizinischen oder kriminologischen Indikation nicht rechtswidrig (Indikationenstellung). Alle Arztpraxen und Krankenhäuser müssen die bei ihnen vorgenommenen Schwangerschaftsabbrüche an das Statistische Bundesamt melden.

Schwangerschaftsabbrüche *) je 1 000 Lebend- und Totgeburten in den Bundesländern, 2006



*) nach dem Wohnort der Frauen.

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, grafische Darstellung: BiB

Schwangerschaftsabbrüche, Geburten und Abbruchsziffern in Deutschland, 1996, 2000 und 2006

Jahr	Abbrüche	1996 = 100	Geburten	1996 = 100	Abbruchsziffer
1996	130 899	100	799 586	100	164
2000	134 609	103	770 083	96	175
2006	119 710	91	675 144	84	177

Datenquelle: Statistisches Bundesamt

Zahl der Schwangerschaftsabbrüche sinkt

Im Jahr 2006 wurden 119 710 Schwangerschaftsabbrüche gemeldet. Das waren 9% weniger als 1996. Darunter sanken die Abbruchzahlen besonders stark in den neuen Bundesländern (um 24%). Dagegen lagen sie in den alten Bundesländern nur 3% niedriger als zehn Jahre zuvor.

Deutliche regionale Unterschiede

Innerhalb Deutschlands ist die Abbruchssituation sehr unterschiedlich. Berlin ist mit weitem Abstand Spitzenreiter: dort kamen auf 1 000 Lebend- und Totgeburten 337 Schwangerschaftsabbrüche. An zweiter Stelle folgt Bremen (298). Auch der dritte Stadtstaat Hamburg weist mit 238 eine über dem Bundesdurchschnitt liegende Abbruchziffer auf. Hessen ist das einzige westdeutsche Flächenland, das ebenfalls eine überdurchschnittliche Ziffer (186) zu verzeichnen hat. Dagegen fällt die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche je 1 000 Geburten in Bayern (129), in Rheinland-Pfalz und in Baden-Württemberg (jeweils 142) deutlich geringer aus. Im Gegensatz zu den westdeutschen liegen alle ostdeutschen Länder über dem gesamtdeutschen Durchschnitt, innerhalb derer Sachsen-Anhalt mit einer Abbruchziffer von 266 den ersten Platz einnimmt.

Beratungsregelung dominiert

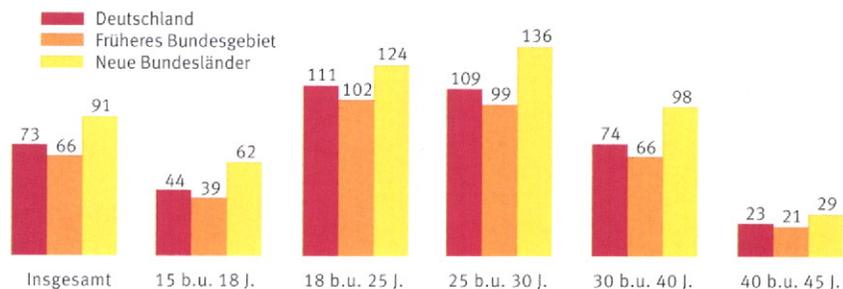
Fast alle Eingriffe in Deutschland (97%) wurden nach der Beratungsregelung vorgenommen; medizinische oder kriminologische Indikationen waren zahlenmäßig bedeutungslos.

Im Jahr 2006 gab es folgende Unterschiede im Abbruchverhalten zwischen West- und Ostdeutschland: In Westdeutschland wurden die meisten Schwangerschaftsabbrüche (85%) ambulant in einer Frauenarztpraxis vorgenommen. In Ostdeutschland betraf das nur knapp die Hälfte (48%), die anderen wurden vor allem ambulant im Krankenhaus durchgeführt.

In Deutschland entfielen auf 10 000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahre 73 Schwangerschaftsabbrüche, darunter lag diese Quote im Westen bei 66, dahingegen im Osten bei 91. West-Ost-Unterschiede bestehen in allen Altersgruppen – darunter besonders auffällig bei den 25- bis unter 30-jährigen Frauen: kamen auf 10 000 dieser Frauen im Westen 99 Abbrüche, waren es im Osten 136.

In den alten Bundesländern haben mehr kinderlose Frauen (42%) ihre erste Schwangerschaft abbrechen lassen als in den neuen Ländern (34%). Dahingegen hatten mehr ost- als westdeutsche Frauen vor dem Abbruch bereits ein Kind (33% gegenüber 24%).

Schwangerschaftsabbrüche je 10 000 Frauen nach ausgewählten Altersgruppen, 2006



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, grafische Darstellung: BiB

6 Lebenserwartung und Pflege

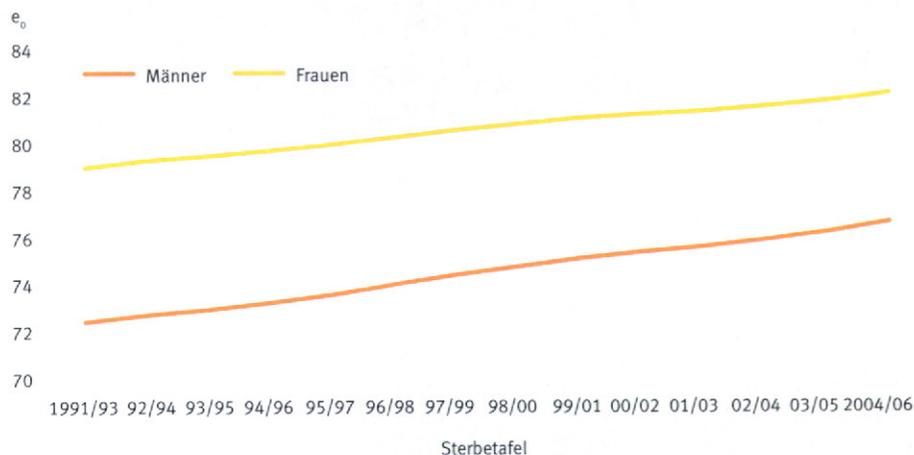
6.1 Lebenserwartung – Sterblichkeit

Seit Beginn der 1990er Jahre ist die Lebenserwartung in Deutschland wie auch zuvor kontinuierlich gestiegen und liegt zurzeit bei 77 Jahren für Männer und 82 Jahren für Frauen. Damit ist der Unterschied zwischen den Geschlechtern immer noch sehr deutlich, obwohl er sich in den letzten Jahren verringert hat. Der für die gestiegene Lebenserwartung ursächliche Rückgang der Sterblichkeit ist in allen Altersstufen zu beobachten. Langlebigkeit ist immer häufiger anzutreffen. Die Zahl der über 90-Jährigen hat sich seit 1990 mehr als verdoppelt.

Männer holen auf

Die erste Sterbetafel, die 1991/93 für das vereinte Deutschland berechnet wurde, wies für neugeborene Jungen eine Lebenserwartung von 72 Jahren und für neugeborene Mädchen eine Lebenserwartung von 79 Jahren auf. Von diesem Zeitpunkt an stiegen die Werte kontinuierlich an und betragen zum heutigen Zeitpunkt 77 Jahre für männliche und 82 Jahre für weibliche Neugeborene. Die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Lebenserwartung bei der Geburt bestehen damit zwar immer noch, sind in den letzten 15 Jahren aber deutlich geringer gewor-

Lebenserwartung bei der Geburt in Deutschland, 1991/93 bis 2004/2006



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, grafische Darstellung: BiB

Anzahl älterer Menschen in Deutschland, 1950 – 2006 (in 1 000)

Jahre	70 und älter	80 und älter	90 und älter
1950	4 027	695	25
1970	6 568	1 536	105
1990	8 071	3 011	275
2006	10 840	3 805	568

Datenquelle: Statistisches Bundesamt

den. Seit Mitte der 1990er Jahre hat sich der geschlechtsspezifische Unterschied jährlich um etwa einen bis anderthalb Monate zugunsten der Männer verringert.

Auch die fernere Lebenserwartung steigt

Nicht nur für Neugeborene, auch für ältere Personen ist die Lebenserwartung gestiegen. So hatten beispielsweise zu Beginn der 1990er Jahre 60-jährige Männer noch eine fernere Lebenserwartung von 18 Jahren, heute beträgt diese 21 Jahre. Auch 60-jährige Frauen haben einen Zugewinn von drei Jahren von 22 auf 25 Jahre zu verzeichnen. Zwar zeigen es diese Zahlen nicht direkt, aber auch hier ist ein leichtes Schließen der Schere zu verzeichnen. Die fernere Lebenserwartung der Männer erhöhte sich um 17%, die der Frauen um 14%.

Sterblichkeit in allen Altersgruppen stark gesunken

Seit Beginn der 1990er Jahre ist die Sterblichkeit in allen Altersgruppen rückläufig. Die Säuglingssterblichkeit (gemessen durch die Zahl der gestorbenen Säuglinge je 100 000 Lebendgeborene) sank in diesem Zeitraum um 38% von 699 auf 433 bei den Jungen und um 35% von 547 auf 357 bei den Mädchen. Stark verringert hat sich die Sterblichkeit

bis zum Alter 40, hier sind teilweise Rückgänge um mehr als 40% zu verzeichnen. Geblieben ist jedoch das altersspezifische Sterblichkeitsmuster. Nach wie vor steigt die Sterblichkeit junger Menschen im Teenageralter stark an, was überwiegend auf Unfälle im Straßenverkehr zurückzuführen ist.

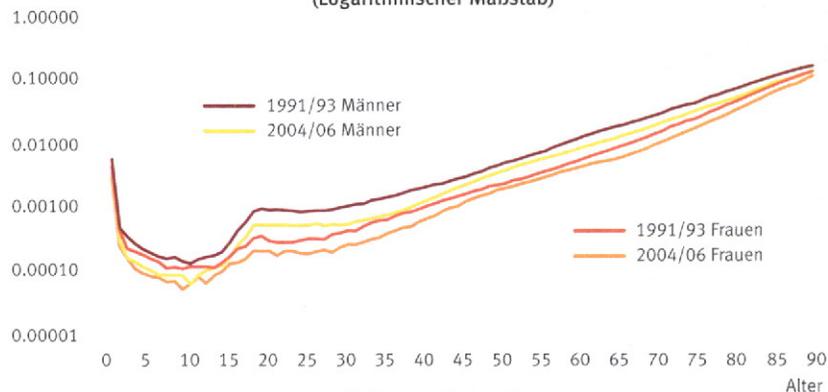
Geringste Rückgänge der Sterblichkeit in den mittleren Altersgruppen

Am geringsten sank die Sterblichkeit im Alter zwi-

schen 45 und 55, bei den Männern mit einem Rückgang von etwas über 20% jedoch stärker als bei den Frauen, bei denen die Sterblichkeit um deutlich weniger als 20% sank.

Eine stärkere Verbesserung der Männer gegenüber den Frauen ist noch bis zum Alter von 65 Jahren zu verzeichnen. Danach sank die Sterblichkeit bei beiden Geschlechtern in etwa gleich hohem Ausmaß, um rund 30% bis zum Alter 80 und um mehr als 20% in den darüberliegenden Altersgruppen.

Altersspezifische Sterbewahrscheinlichkeiten in Deutschland, 1991/93 bis 2004/2006
(Logarithmischer Maßstab)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, grafische Darstellung: BiB

6 Lebenserwartung und Pflege

6.2 Pflege

Im Dezember 2005 waren 2,13 Millionen Menschen in Deutschland pflegebedürftig im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes (SGB XI). Die Mehrheit (82%) der Pflegebedürftigen war 65 Jahre und älter; ein Drittel (33%) 85 Jahre und älter. 68% der Pflegebedürftigen waren Frauen. Insgesamt sind 761 000 Personen in Pflegeeinrichtungen beschäftigt.

Zwei Drittel werden zu Hause gepflegt

Mehr als zwei Drittel (68% oder 1,45 Millionen) der Pflegebedürftigen wurden zu Hause versorgt. Davon erhielten 980 000 Pflegebedürftige ausschließlich Pflegegeld, das bedeutet, sie wurden in der Regel zu Hause allein durch Angehörige gepflegt. Weitere 472 000 Pflegebedürftige lebten ebenfalls in Privathaushalten. Bei ihnen erfolgte die Pflege jedoch zum Teil oder vollständig durch ambulante Pflegedienste. 677 000 (32%) Pflegebedürftige wurden in Pflegeheimen betreut.

Seit der ersten Durchführung der Statistik war auf Bundesebene durchgängig eine Zunahme bei der Zahl der Pflegebedürftigen zu beobachten:

Sie betrug im Jahr 1999 2,02 Millionen und stieg auf 2,13 Millionen im Jahr 2005 an. Ein wichtiger Faktor für den Anstieg war die zunehmende Alterung der Bevölkerung. So waren im Jahr 1999 3,6% der Bevölkerung 80 Jahre und älter. Im Jahr 2005 waren es dann 4,5%.

Trend zur professionellen Pflege – Anteil der zu Hause Versorgten rückläufig

Im Zeitvergleich zeigt sich zudem ein Trend hin zur professionellen Pflege in Pflegeheimen und durch ambulante Pflegedienste: So ist gegenüber 1999 die Zahl der in Heimen betreuten Pflegebedürftigen um rund 18% (+ 103 000) und die

durch ambulante Dienste Versorgten um 14% (+ 56 000) gestiegen, während die Pflege durch Angehörige bzw. die Zahl der reinen Pflegegeldempfänger um 5% (- 47 000) abnahm. Durch diese Entwicklung sank auch der Anteil der zu Hause Versorgten von 72% im Jahr 1999 über 69% (2003) auf 68% im Jahr 2005.

60% der 90-Jährigen und Älteren sind pflegebedürftig

Mit zunehmendem Alter sind Menschen i. d. R. eher pflegebedürftig. Während bei den 70- bis unter 75-Jährigen „nur“ jeder zwanzigste (5%) pflegebedürftig war, betrug die Pflegequote für

Pflegebedürftige 2005 nach Versorgungsart

2,13 Millionen Pflegebedürftige insgesamt		
zu Hause versorgt: 1,45 Millionen (68%) durch ...		in Heimen versorgt: 677 000 (32%)
ausschließlich Angehörige: 980 000 Pflegebedürftige	Pflegedienste: 472 000 Pflegebedürftige	
	durch 11 000 Pflegedienste mit 214 000 Beschäftigten	in 10 400 Pflegeheimen mit 546 000 Beschäftigten

die ab 90-Jährigen 60%. Auffallend ist, dass Frauen ab etwa dem achtzigsten Lebensjahr eine deutlich höhere Pflegequote aufweisen – also eher pflegebedürftig sind als Männer dieser Altersgruppen.

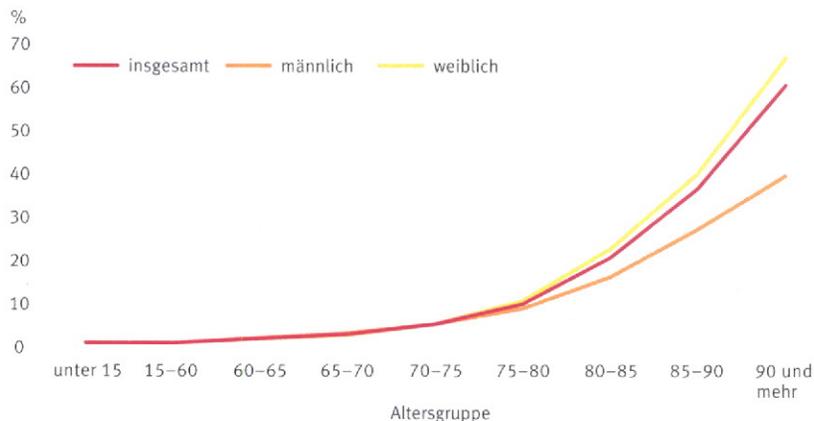
Neben Unterschieden in der gesundheitlichen Entwicklung bei Frauen und Männern kann ein Faktor für diesen Verlauf der Pflegequoten auch das zwischen den Geschlechtern differierende Antragsverhalten sein: Ältere Frauen leben häufiger alleine. Bei Pflegebedarf kann schneller die Notwendigkeit bestehen, einen Antrag auf Leistungen zu stellen, während die pflegebedürftigen Männer zunächst häufig z. B. von ihren Frauen versorgt werden. Entsprechend wird zunächst auf eine Antragstellung verzichtet.

761 000 Beschäftigte in den Pflegeeinrichtungen

Bundesweit gab es im Dezember 2005 rund 10 400 nach SGB XI zugelassene voll- bzw. teilstationäre Pflegeheime. Dort waren insgesamt 546 000 Personen beschäftigt. In den 11 000 zugelassenen ambulanten Pflegediensten waren weitere 214 000 Personen im Rahmen des SGB XI tätig. Die Mehrzahl der in Pflegeeinrichtungen beschäftigten Personen (86%) war weiblich.

Die meisten Beschäftigten (59%) waren dabei Teilzeitkräfte. Jeder dritte (35%) Beschäftigte arbeitete Vollzeit; 9 000 junge Männer leisteten in den Pflegeeinrichtungen ihren Zivildienst (1%). Die restlichen Arbeitskräfte (5%) waren Auszubildende, Praktikanten/-innen oder Helfer/-innen im freiwilligen sozialen Jahr.

Pflegequoten nach Alter und Geschlecht in Deutschland, 2005 (in %)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt

6 Lebenserwartung und Pflege

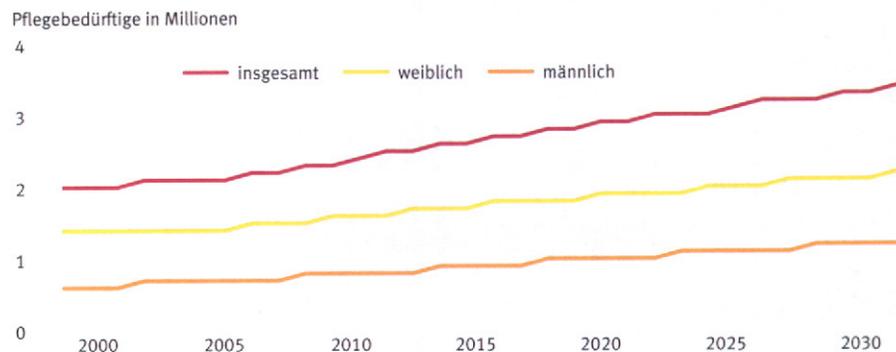
6.3 Entwicklung der Zahl der Pflegebedürftigen bis 2030

Mit dem Altern der Bevölkerung in Deutschland wird sich in Zukunft auch die Zahl der Pflegebedürftigen erhöhen. Im Jahr 2005 waren insgesamt 2,13 Millionen Menschen pflegebedürftig. Bis zum Jahr 2030 wird sich diese Zahl voraussichtlich auf ca. 3 Millionen erhöhen. Der Anteil der Pflegebedürftigen an der Bevölkerung wird von 2,6 auf rund 4% steigen. Zunehmend werden immer mehr hochbetagte Menschen pflegebedürftig sein.

Status-quo-Ansatz mit konstantem Pflegerisiko

Die folgenden Ergebnisse zur Entwicklung der Zahl der Pflegebedürftigen beruhen auf einem einfachen Modell: Die Vorausberechnung überträgt dabei den momentanen Status quo der Pflegequoten (getrennt nach Geschlecht und Alter) auf die bis ins Jahr 2030 zunehmend ältere Bevölkerungsstruktur. Entsprechend ist in diesem Modell das Risiko für z. B. einen 80-jährigen pflegebedürftig zu sein, in Zukunft genauso hoch wie heute. Somit wird an dieser Stelle von möglichem medizinisch-technischen Fortschritt abstrahiert.

Pflegebedürftige in Deutschland von 1999 bis 2030 (Status-quo-Modell)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, grafische Darstellung: BIB

Pflegebedürftige in Deutschland 2005 – 2030 nach Hauptaltersgruppen in % (Status-quo-Modell)

Jahre	unter 60 Jahre	60 bis unter 85 Jahre	85 Jahre und älter
2005	14,2	53,0	32,8
2010	12,6	50,5	36,9
2015	11,1	49,1	39,8
2020	9,9	49,2	41,0
2025	8,4	44,0	47,6
2030	7,3	45,0	47,8

Datenquelle: Statistisches Bundesamt

Die Modellrechnung zeigt, wie sich unter den getroffenen Annahmen die Zahl der Pflegebedürftigen entwickeln wird. Sie basiert dabei auf der im Rahmen der Pflegeversicherung bestehenden Definition von Pflegebedürftigkeit. Insgesamt ist der Verlauf der für das Modell maßgeblichen Einflussgrößen mit zunehmendem Abstand vom Basiszeitpunkt immer schwerer vorhersehbar.



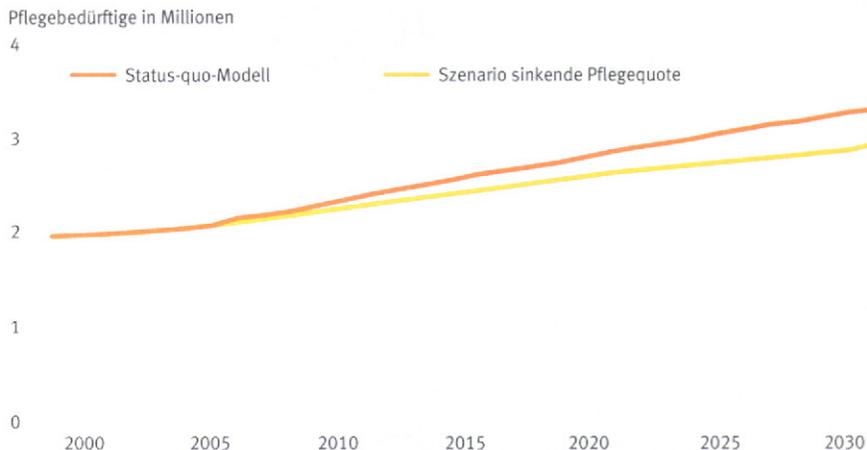
6 Lebenserwartung und Pflege

**Anstieg bis 2020 um ein Drittel,
bis 2030 um mehr als die Hälfte**

Für die nächsten Jahre ist im Zuge der zunehmenden Alterung der Gesellschaft auch ein Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen wahrscheinlich. Nach den Ergebnissen dieser Vorausberechnung dürfte die Zahl von 2,13 Millionen Pflegebedürftigen im Jahr 2005 auf 2,40 Millionen im Jahr 2010 steigen. Im Jahr 2020 sind 2,91 Millionen Pflegebedürftige und im Jahr 2030 etwa 3,36 Millionen Pflegebedürftige zu erwarten. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird zwischen den Jahren 2005 und 2020 also um mehr als ein Drittel (37%) ansteigen; von 2005 bis 2030 um 58%. Die Zunahme fällt dabei bis zum Jahr 2030 bei den Männern mit 74% höher aus als bei den Frauen (50%). Gleichzeitig wird der Anteil der Pflegebedürftigen an der Gesamtbevölkerung zunehmen: Der Anteil beträgt heute 2,6% und wird bis zum Jahr 2030 auf 4,4% ansteigen.

Deutliche Verschiebungen sind bei den Altersstrukturen feststellbar: Während im Jahr 2005 rund 33% der Pflegebedürftigen 85 Jahre und älter sind, beträgt dieser Anteil im Jahr 2020 rund 41% und 2030 ca. 48%.

**Pflegebedürftige insgesamt in Deutschland, 1999 bis 2030
Vergleich Status-quo-Modell und Szenario sinkende Pflegequote**



Datenquelle: Statistisches Bundesamt

Ergänzende Annahme: Pflegerisiko sinkt durch medizinisch-technischen Fortschritt

In diesem ergänzenden – eher optimistischen – Szenario wird davon ausgegangen, dass durch den medizinisch-technischen Fortschritt auch das Pflegerisiko in den Altersgruppen abnimmt. Als Orientierungsgröße gilt dabei die mögliche Zunahme der Lebenserwartung im jeweiligen Alter – es erfolgt daher eine Verschiebung des Pflegerisikos in ein höheres Alter entsprechend der steigenden Lebenserwartung.

Dämpfungseffekt: Anstieg bis 2020 um ein Viertel, bis 2030 um 39 %

Das optimistische Szenario führt zu einem Dämpfungseffekt – allerdings steigt auch bei diesem Szenario die Zahl der Pflegebedürftigen in der Bevölkerung. Demnach werden für das Jahr 2020 etwa 2,68 Millionen Pflegebedürftige und für 2030 rund 2,95 Millionen erwartet. Der Anstieg beträgt somit 26 % bis 2020 und 39 % bis 2030.

Der Anteil der Pflegebedürftigen liegt entsprechend mit 3,4 % im Jahr 2020 und 3,8 % im Jahr 2030 etwas niedriger als im ersten Szenario.

7 Binnenwanderung und internationale Migration

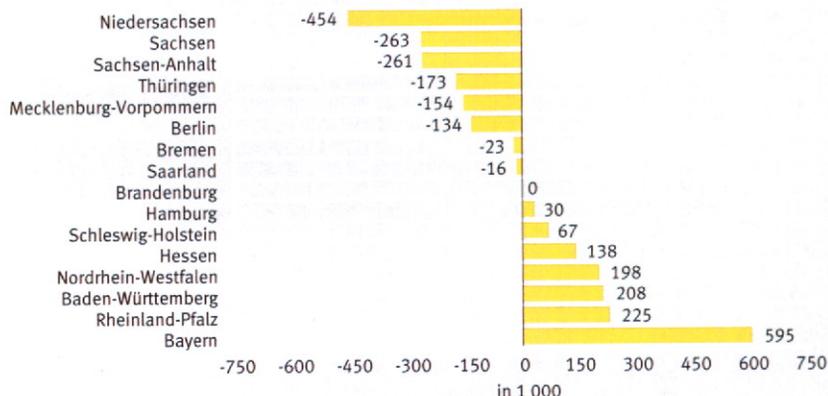
7.1 Binnenwanderung

Binnenwanderungen bestimmen die regionale Bevölkerungsdynamik innerhalb eines Landes. In Deutschland sind großräumig die Ost-West-Abwanderung sowie kleinräumig die Suburbanisierung von den Städten ins Umland die dominierenden Trends. Als Zielgebiet konnte insbesondere der Süden Deutschlands von Zuwanderung profitieren. Vor allem die Abwanderung aus Ostdeutschland wirkt sehr selektiv und verstärkt die Alterung in den neuen Ländern.

Bedeutung von Binnenwanderungen

Binnenwanderungen sind alle Wohnsitzwechsel über eine Gemeindegrenze, die sich innerhalb der Grenzen Deutschlands bewegen. Besonders dann, wenn die übrigen demographischen Trends konstant verlaufen (wie die Geburten- und Sterblichkeitsentwicklung in Deutschland), wird ihr Anteil an der Bevölkerungsentwicklung wichtiger. Räumliche Binnenwanderungsmuster sind vielfältig, weil innerhalb eines Staates jeder Binnenzug auch ein Binnenfortzug ist und so zwangsläufig Zuzugs- und Fortzugsregionen entstehen.

Binnenwanderungssaldo der Länder, 1991 bis 2006 (in 1 000)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, grafische Darstellung: BiB

Wanderungssaldo zwischen Ost- und Westdeutschland nach Altersgruppen, 1991 – 2006 (in 1 000)

Alter (Jahre)	Männer	Frauen
unter 18	-108,9	-115,2
18 bis unter 30	-212,4	-175,3
30 bis unter 50	-84,1	-133,0
50 bis unter 65	-8,1	-25,9
65 und älter	2,7	0,3

Datenquelle: Statistisches Bundesamt

Trends in Deutschland

In Deutschland wird das Binnenwanderungsgeschehen vor allem von den regionalen Arbeits-, Bildungs- und Wohnungsmärkten angetrieben. Geprägt wurde es in den 1990er Jahren aber auch durch die Spätaussiedler. Die großräumigen Haupttrends der letzten Jahrzehnte waren eine Nord-Süd- und vor allem Ost-West-Wanderung der Bevölkerung. Die südlichen Länder sind seit längerem bevorzugtes Zuzugsgebiet. Allein Bayern wies von 1991 bis 2006 netto 595 000 Binnenzuzüge auf; es folgten Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg mit 225 000 bzw. 208 000. Die Binnenabwanderung konzentriert sich in erster Linie auf die ostdeutschen Länder (Ausnahme Brandenburg) und Niedersachsen (aufgrund der Fortzüge von Spätaussiedlern aus der Aufnahmeeinrichtung in Friedland).

Der kleinräumige Haupttrend ist in Westdeutschland seit Jahrzehnten die Suburbanisierung, also die Stadt-Umland-Wanderung. Vor allem Familien erfüllen sich ihren Traum vom „Haus im Grünen“ außerhalb der Stadt. Im Laufe der Zeit hat sich die Suburbanisierung mehr und mehr ins Umland ausgebreitet und verschaffte damit auch günstig gelegenen ländlichen Räumen Wanderungsgewinne. In Ostdeutschland entwickelte sich die Suburbanisierung erst nach der Wiedervereinigung.

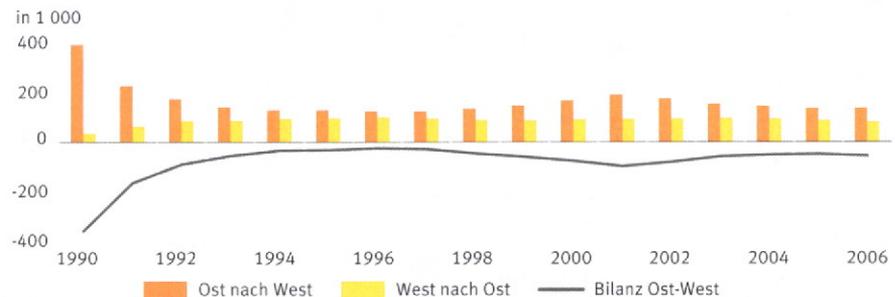
Abwanderung aus Ostdeutschland

Der alles überlagernde Binnenwanderungstrend war die Abwanderung von Ost- nach Westdeutschland. Nach dem Fall der Mauer stieg sie sprunghaft an, danach verringerte sie sich bis Mitte der 1990er Jahre. Nach 1997 zogen Ostdeutsche wieder in stärkerem Maße fort. Ab 2001 nahm die Abwanderung wiederum ab. Insgesamt wanderten von 1990 bis 2006 (ab 1991 ohne Berlin) gut 2,8 Millionen Personen in den Westen, umgekehrt 1,5 Millionen Personen in den Osten. Damit verlor Ostdeutschland per Saldo rund 1,3 Millionen Einwohner durch Abwanderung. Ein Problem ist auch die zu geringe Zahl an Zuzügen aus dem Westen,

um die Binnenwanderungsverluste auszugleichen.

Die Abwanderung aus Ostdeutschland verläuft alters- und geschlechtsspezifisch sowie räumlich sehr selektiv. Sie konzentrierte sich mit der Zeit immer stärker auf jüngere Altersgruppen. In diesen wandern deutlich mehr Frauen als Männer ab. Vor allem die Aussichten auf einen Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz sind wanderungsentscheidend. Regional konzentriert sich die Abwanderung insbesondere auf ländliche und strukturschwache Regionen. Die unterschiedliche Zusammensetzung der Zu- und Fortzüge führt zu Austauschprozessen. Die Abwanderung beeinflusst und verstärkt so die demographischen Prozesse in den neuen Ländern, besonders die Alterung.

Wanderungen zwischen Ost- und Westdeutschland (ab 1991 ohne Berlin), 1990 bis 2006



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, grafische Darstellung: BIB

7 Binnenwanderung und internationale Migration

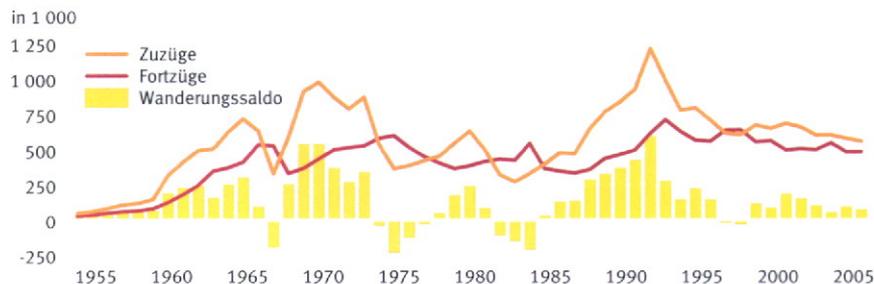
7.2 Internationale Migration

Deutschland ist bereits seit 40 Jahren ein Land mit sehr hohen Zuwanderungszahlen. Gleichzeitig wandert aber eine hohe Anzahl an Personen deutscher und ausländischer Nationalität wieder ab. Gegenwärtig erfolgen die Wanderungsbewegungen zu zwei Dritteln innerhalb Europas.

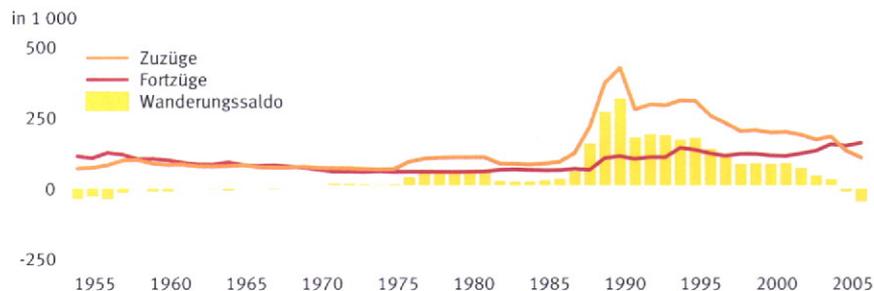
Hohe Zahl an Zu- und Abwanderungen

Den ersten Höhepunkt der Zuwanderung erreichte Deutschland im Jahr 1970 mit fast einer Million Zuzügen ausländischer Staatsbürger. In den Rezessionsphasen 1967/1968 und zwischen 1974 und 1983 lagen deren Fortzüge höher als die Zuzüge. Ein weiterer Höhepunkt der Zuwanderung wurde 1992 mit mehr als 1,2 Millionen Zuzügen ausländischer und knapp 300 000 Zuzügen deutscher Staatsangehöriger verzeichnet. In den darauf folgenden Jahren sank die Zahl der Zuzüge. So wanderten im Jahr 2006 rund 559 000 Ausländer nach Deutschland und es zogen ca. 484 000 Ausländer fort. Es ergab sich somit ein Wanderungsgewinn von rund 75 000 Ausländern. Gleichzeitig weist Deutschland einen Wanderungsverlust von ca. 52 000 deutschen Migranten aus, woraus insgesamt ein Wanderungsgewinn von rund 23 000 resultiert.

Zu- und Fortzüge ausländischer Staatsbürger über die Außengrenzen*), 1954 bis 2006



Zu- und Fortzüge deutscher Staatsbürger über die Außengrenzen*), 1954 bis 2006



*) Bis einschl. 1990 Gebietsstand Früheres Bundesgebiet

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, grafische Darstellung: BiB

Einwanderungsland Deutschland?

In den 1960er und 1970er Jahren erfolgte die Zuwanderung überwiegend aufgrund der Anwerbung von Arbeitsmigranten, sogenannten Gastarbeitern. Den ersten Höhepunkt der Gastarbeiteranwerbung erreichte Deutschland im Jahr 1970 mit fast einer Million Zuzüge. Der Anwerbestopp aus dem Jahr 1973 beendete diese Phase; seitdem erfolgte die Zuwanderung überwiegend im Rahmen des Familiennachzugs. Seit Beginn der 1990er Jahre wurde die Immigrationsgeschichte in Deutschland durch neue Zuwanderergruppen, wie deutschstämmige (Spät-)Aussiedler, Asylsuchende und Flüchtlinge sowie neue Formen der Arbeitsmigration geprägt. Der bisherige Höhepunkt der Zuwanderung wurde durch diese Entwicklungen Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre mit mehr als 1,5 Millionen Zuzügen pro Jahr erreicht.



7 Binnenwanderung und internationale Migration

Qualifikation der Zuwanderer

Die Veränderungen der Zuwanderung spiegeln sich auch im Qualifikationsniveau der jüngeren Migranten wider: Etwa die Hälfte der Neuzuwanderer (zwischen 2000 und 2003 zugewandert) verfügen über eine Fachhochschul- oder Hochschulreife. Sie haben damit im Vergleich zu Einwanderern ausländischer Staatsbürgerschaft, die sich bereits länger in Deutschland aufhalten, aber auch im Vergleich zur deutschen Bevölkerung ein deutlich höheres Bildungsniveau. Hinsichtlich ihres schulischen Qualifikationsniveaus sind sie eine heterogene Gruppe: Während rund zwei Drittel der Neuzuwanderer aus Westeuropa und die Hälfte der Neuzuwanderer aus dem außereuropäischen Ausland über das (Fach-)Abitur oder einen äquivalenten Abschluss verfügen, trifft dies nur auf 40% der aus dem sonstigen Europa neu Zugewanderten zu.

Auswanderung von Deutschen

Mit Ausnahme der Nachkriegszeit war die Auswanderung deutscher Staatsbürger bis Anfang der 1990er Jahre eher gering (Mitte der 1970er Jahre wanderten im Durchschnitt rund 50 000 Deutsche pro Jahr aus). Diese Zahl hat sich in

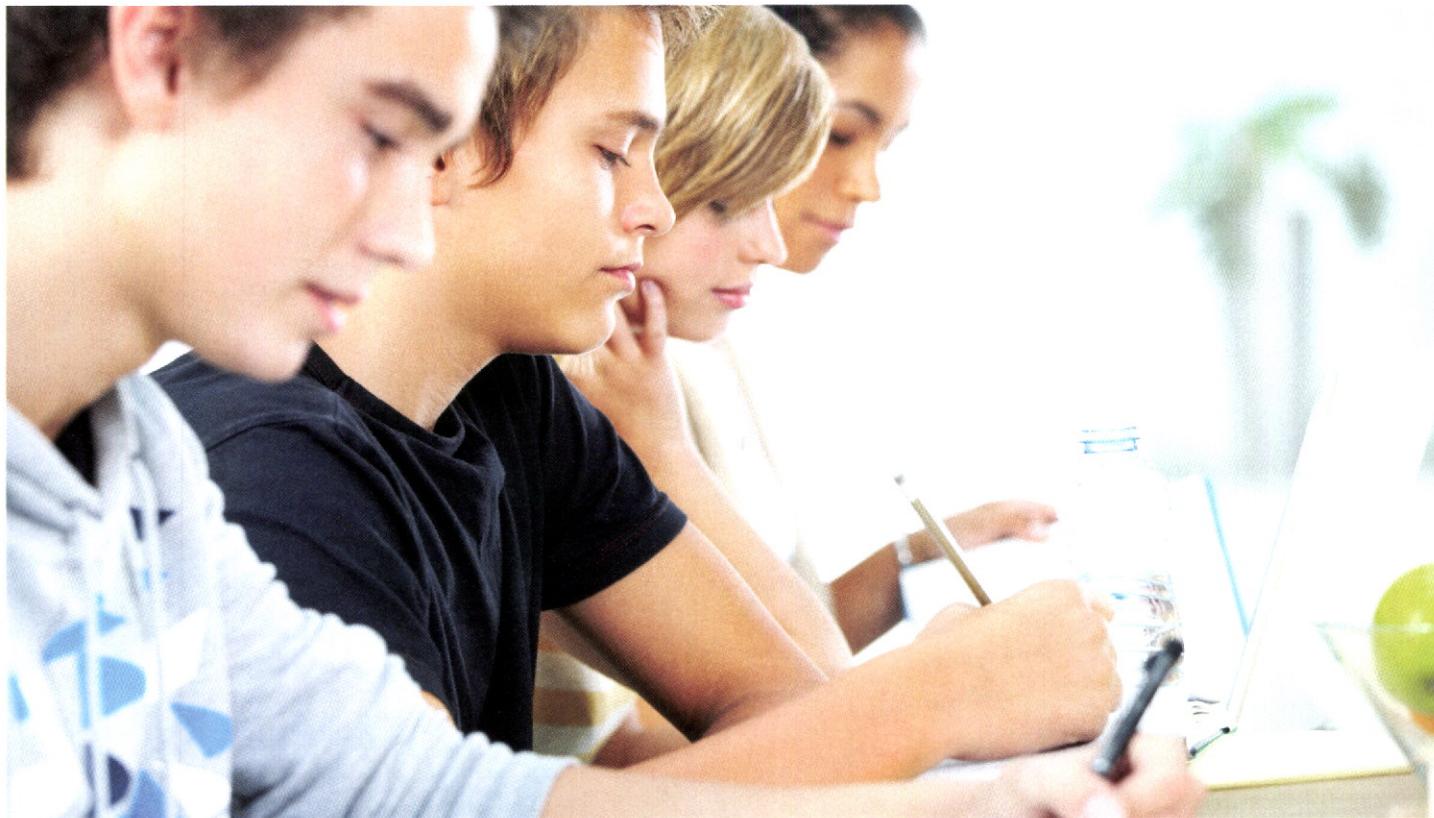
den vergangenen Jahren auf fast das Dreifache erhöht (im Durchschnitt der Jahre 2002 bis 2006 rund 139 000 Fortzüge). Somit sind heute in absoluten Zahlen als auch in Proportion zur Bevölkerung insgesamt deutlich mehr Deutsche international mobil und halten sich zumindest zeitweilig im Ausland auf als noch vor 30 Jahren.

Aktuell zieht mehr als die Hälfte der international mobilen Deutschen in einen Mitgliedsstaat der Europäischen Union, während der Anteil der Abwanderung in die USA abgenommen hat. Am stärksten haben von dieser Europäisierung in den letzten Jahren die Schweiz, Österreich und Großbritannien profitiert.

**Bevölkerungsgruppen nach schulischen Bildungsabschlüssen in der Altersgruppe
20 – 39 Jahre, Durchschnitt der Jahre 2000 – 2003 (in %)**

Ausgewählte Bevölkerungsgruppen	Fach- bzw. Hochschulreife	Realschulabschluss/Polylechnische Oberschule	Haupt- bzw. Volksschulabschluss	Ohne allgemeinen Schulabschluss	Ohne Angabe
Bevölkerung insgesamt	32	35	26	3	1
darunter:					
Deutsche	33	37	24	0	1
Neuzuwanderer (2000 – 2003)	49	13	25	/	/
aus Westeuropa	68	9	17	/	/
aus dem sonstigen Europa	40	17	32	/	/
aus der übrigen Welt	51	10	18	/	/
Einwanderer (vor 2000)	24	14	44	13	1
aus Westeuropa	29	16	44	8	1
aus dem sonstigen Europa	17	14	51	14	1
aus der übrigen Welt	38	14	27	14	2

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus



8 Lebensformen und Haushaltsstrukturen

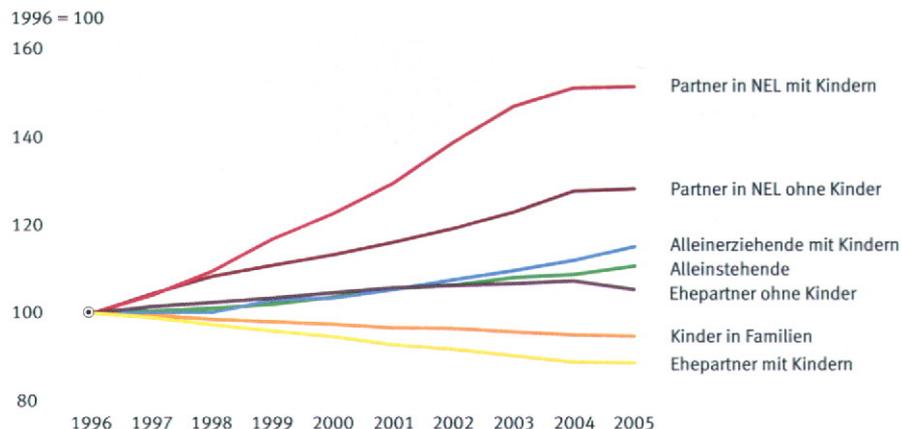
8.1 Der Wandel in den Lebensformen

Nach wie vor bestehen zwischen Ost- und Westdeutschen deutliche Unterschiede in den Lebensformen. Der relative Zuwachs von Singles und unverheirateten kinderlosen Paaren ist im Osten von 1996 bis 2005 mehr als doppelt so groß als im Westen Deutschlands. Drei und mehr zusammen lebende Generationen sind selten: Im Jahr 2005 findet man solche Situationen in nicht mal einem Prozent aller Haushalte in Deutschland. Der Anteil der nichtvolljährigen Kinder, die bei verheirateten Erwachsenen lebten ist hoch, sank aber im Zeitraum von 1996 bis 2005 um fast sechs Prozentpunkte auf 78 %.

Neue Lebensformen, weniger Kinder

Während der letzten 100 Jahre hat sich in Deutschland ein enormer Wandel in den Lebensformen und den Beziehungen der Generationen vollzogen, wobei sich Lebensformen nach den zentralen Kriterien des Bezugs zur Ehe und dem Zusammenleben mit Kindern differenzieren lassen. Daraus ergeben sich sechs grundlegende Arten von Lebensformen: Alleinstehende, Nichteheliche Lebensgemeinschaften (NEL) mit oder ohne Kinder, Ehepaare (EL) mit oder ohne Kinder sowie Alleinerziehende.

Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland nach Lebensform, 1996 bis 2005



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus, grafische Darstellung: BiB

Bevölkerung nach Lebensformen, 1996 und 2005 (in Millionen)

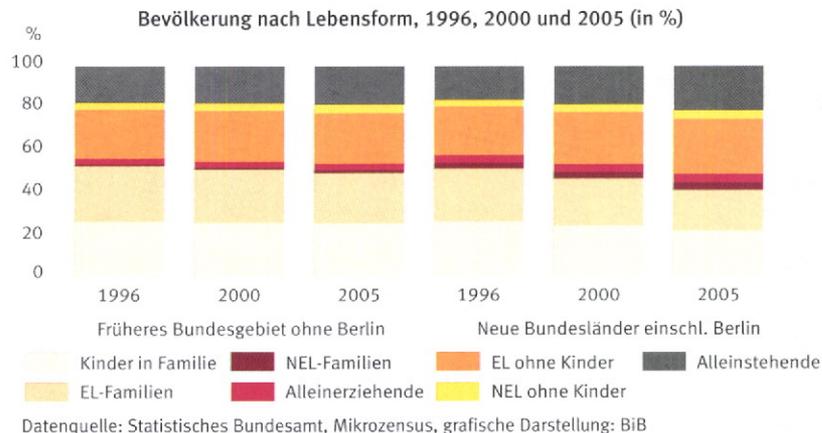
Jahr	Lebensformen mit Kindern			Lebensformen ohne Kinder		
	Ehepartner	Nichteheliche Partner	Alleinerziehende	Ehepartner	Nichteheliche Partner	Alleinstehende
1996	20,8	1,0	2,2	18,4	2,7	14,2
2005	18,5	1,5	2,6	19,3	3,4	15,7

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

Im Vergleich der Regionen in Deutschland bestehen nach wie vor größere strukturelle Unterschiede in den Familien- und Lebensformen vor allem zwischen Ost- und Westdeutschland. Während insgesamt ein Häufigerwerden von nichtehelichen Lebensformen festzustellen ist, erkennt man im Osten Deutschlands einen stärkeren Trend zu (Familien-)Haushalten einer individualisierten Gesellschaft: Paarzentriert, klein und weniger ehelich gebunden. So nahm der Anteil von Ein- oder Zweipersonenhaushalten für Ostdeutschland von 62% im Jahr 1991 auf 75% im Jahr 2005 zu, während dieser Anteil für Westdeutschland im gleichen Zeitraum von 65% nur um 5,4 Prozentpunkte anstieg. Da in beiden Teilen Deutschlands auch absolut die Anzahl dieser Haushaltsformen wuchs, führte der durch die Abwanderung der (jungen) Menschen von Ost- nach Westdeutschland ausgelöste Bevölkerungsrückgang dazu, dass das Wachstum des Anteils von Personen, die in Ein- oder Zweipersonenhaushalten lebten, im Osten Deutschlands in den Jahren von 1991 bis 2005 mehr als doppelt so hoch ist wie im Westen. Im Jahr 2005 wohnten 55% aller Ostdeutschen in Ein- bis Zweipersonenhaushalten, hingegen betraf dies nur 49% aller Westdeutschen. Durchweg für alle familiären Lebensformen gilt, dass die durchschnittliche Anzahl von Kindern unter 18 Jahren je Familienhaushalt im Westen Deutschlands in den

Jahren 1996 bis 2005 nahezu konstant geblieben ist, während im Osten Deutschlands ein Rückgang von 1,6 auf 1,5 Kinder zu verzeichnen ist. In den westdeutschen Bundesländern lebten im Jahr 2005 durchschnittlich 1,7 Kinder je Familienhaushalt. Wie die Tabelle belegt, ergibt sich für Gesamtdeutschland ein Trend von ehelichen zu nichtehelichen Lebensformen, obwohl die erstgenannte, traditionelle Lebensform nach wie vor deutlich überwiegt. Der Anteil von Personen als Mitglied einer ehelichen Familienform ist von 1996 bis zum Jahr 2005 um 13% gesunken. Dieser Rückgang führte aber über-

wiegend zu einer Lebensform ohne Kinder und ist nicht durch eine Substitution durch nichteheliche oder alleinerziehende familiäre Lebensformen beschreibbar. Trotzdem sind die beiden letzteren zwischen 1996 und 2005 um 26% angewachsen. Die nichtvolljährigen Kinder lebten 1996 zu 84% bei verheirateten Partnern, zu 4% bei nichtehelichen Lebenspartnern und zu 12% bei Alleinerziehern. Diese Anteile veränderten sich derart, dass im Jahr 2005 die nichtvolljährigen Kinder zu 78% bei verheirateten Partnern, zu 7% bei nichtehelichen Partnern und zu 15% bei Alleinerziehenden lebten.



8 Lebensformen und Haushaltsstrukturen

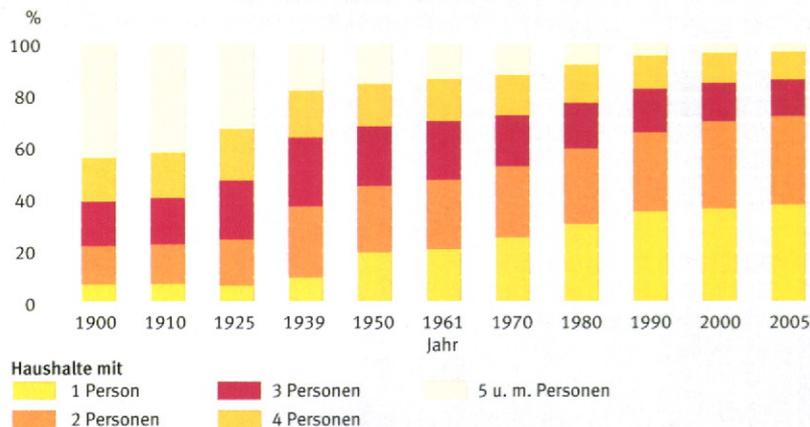
8.2 Haushaltsstrukturen

Gegenwärtig gibt es in Deutschland etwa 39,5 Millionen Haushalte, das sind rund 4 Millionen Haushalte mehr als bei der deutschen Wiedervereinigung, obwohl die Bevölkerungszahl nur um ca. 2 Millionen angestiegen ist – das bedeutet: die Zahl der Haushalte steigt und die Größe der Haushalte (Personen je Haushalt) verringert sich. Ursache dafür ist der Anstieg der kleineren Haushalte, insbesondere der Einpersonenhaushalte bei jüngeren bis zum 35. Lebensjahr.

Langfristiger Wandel in den Haushaltsstrukturen

Die Entwicklungen in der Haushaltsstruktur sind ein Spiegel der demographischen Veränderungen – wie des niedrigen Geburtenniveaus bzw. des steigenden Alters der Mütter bei Geburt der Kinder oder der steigenden Lebenserwartung. Auch die Polarisierung der Lebensformen in der Gesellschaft z. B. durch Veränderung des Heiratsverhaltens und die Herausbildung neuer Lebensformen wie des „living apart together“ haben Auswirkungen auf die Größe und Struktur der Haushalte. Während um 1900 noch fast 45 % der Haushalte von 5 und mehr Personen bewohnt waren, hat sich dieser Anteil über rund 16 % 1950 auf heute weniger als 4 % verringert. Diese Tendenz wird sich voraussichtlich fortsetzen.

Haushalte nach Haushaltsgröße, 1990 – 2005 (in %)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, grafische Darstellung: BIB

Anteil der Einpersonenhaushalte in ausgewählten Altersgruppen in Deutschland, 1991 bis 2005 (in %)

Jahr	Altersgruppen in Jahren		
	20 bis unter 25	25 bis unter 35	65 Jahre und älter
1991	17	17	41
1995	19	19	39
2000	21	22	37
2005	22	25	34

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

Die Anzahl der Einpersonenhaushalte steigt

Im Gegensatz dazu steht die Entwicklung der kleinen Haushalte, insbesondere der Einpersonenhaushalte. Ihr Anteil hat sich innerhalb der letzten 100 Jahre von rund 7 % auf heute 37 % in Deutschland mehr als verfünffacht und ist mit 14,7 Millionen Haushalten gegenwärtig schon der am weitesten verbreitete Haushaltstyp. Damit nimmt Deutschland neben Finnland im europäischen Vergleich einen Spitzenplatz ein.

Waren es allerdings früher vor allem ältere Menschen – darunter insbesondere ältere Frauen –, die allein lebten, so sind es heute in steigendem Maße junge Menschen.

Es zeigt sich bei den jüngeren Leuten bis 35 Jahre ein deutlicher Anstieg der Singlehaushalte zwischen 1991 und 2005. In der Altersgruppe 20 bis unter 25 Jahre hat sich der Anteil von 17 auf 22 % erhöht. Bei den 25- bis unter 35-Jährigen ist ein Anstieg von 17 auf 25 % zu verzeichnen. Ebenfalls leicht gewachsen ist der Anteil der in Zweipersonenhaushalten Lebenden. Das vollzog sich vor allem zu Lasten der größeren Haushalte mit vier und mehr Personen, aber auch die Dreipersonenhaushalte verloren anteilig an Gewicht.

Ganz anders sieht die Situation bei den 60-Jährigen und Älteren aus: In diesem Alterssegment hat sich die Zunahme in erster Linie im Bereich der

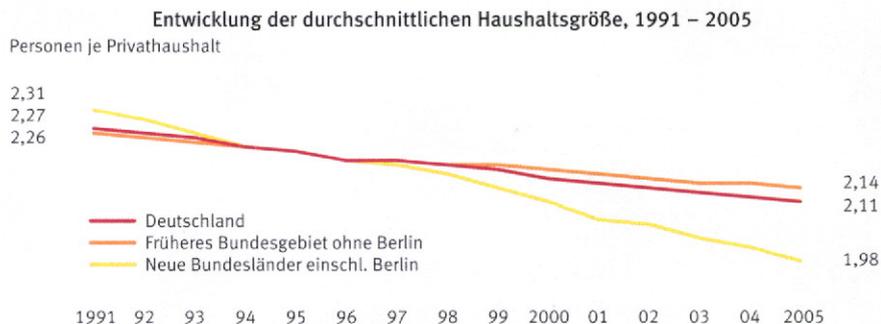
Zweipersonenhaushalte abgespielt. Dagegen ist der Anteil alleinlebender älterer Frauen rückläufig, was sich im Rückgang der Einpersonenhaushalte bei den Älteren insgesamt widerspiegelt. Bei den 65-Jährigen und Älteren war von 1991 zu 2005 ein Rückgang der Einpersonenhaushalte von 41 auf 34 % zu beobachten. Die Zahl der Kriegerwitwen und der Frauen, die wegen der durch Kriegseinflüsse dezimierten Männerjahrgänge nicht zum Heiraten kamen, wird nämlich durch die hohe Alterssterblichkeit ab dem 75. Altersjahr schnell kleiner.

Die durchschnittliche Haushaltsgröße sinkt

Die durchschnittliche Haushaltsgröße hat sich seit

Beginn der 1990er Jahre kontinuierlich verringert. Besonders in den neuen Bundesländern war ein rasanter Rückgang von 2,31 auf 1,98 Personen pro Haushalt zu verzeichnen. Hauptursache dafür war das starke Absinken der Geburtenzahlen in der Wendezeit, aber auch die Abwanderung junger Menschen hat zur Verringerung der durchschnittlichen Haushaltsgröße beigetragen.

Ausländische Haushalte sind im Durchschnitt größer als deutsche. Haushalte, deren Bezugsperson einen Migrationshintergrund hat, umfassen zu rund 19 % fünf und mehr Personen. Ist kein Migrationshintergrund beim Haushaltsvorstand vorhanden, gibt es nur knapp acht Prozent solcher großen Haushalte.



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2005, grafische Darstellung: BiB

8 Lebensformen und Haushaltsstrukturen

8.3 Entwicklung der Haushalte bis 2025

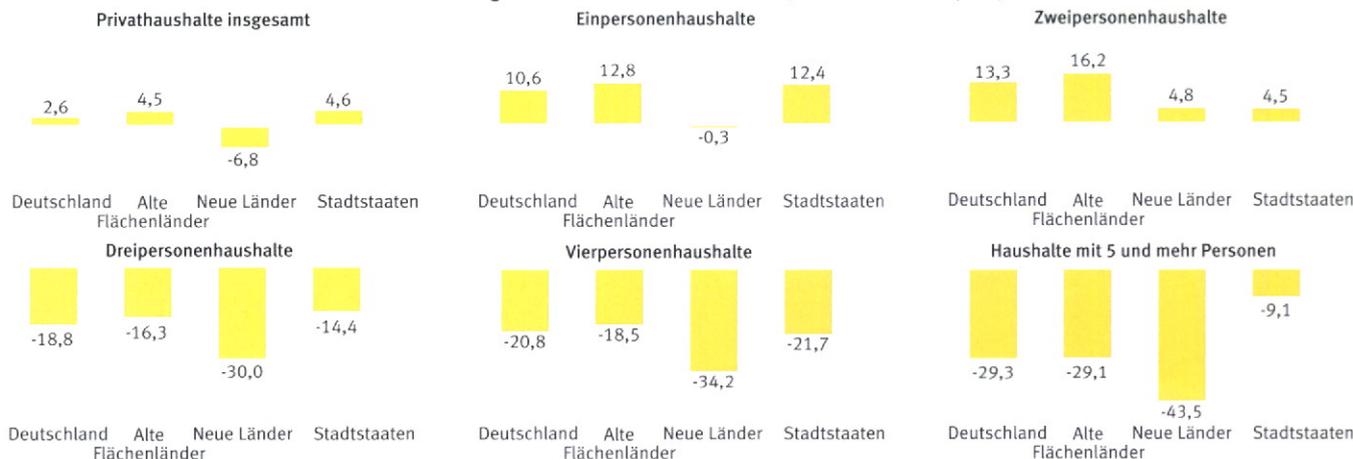
Auch in den nächsten beiden Jahrzehnten dürfte die Zahl der Haushalte in Deutschland noch zu nehmen, obwohl die Bevölkerung voraussichtlich abnimmt. Grund dafür ist der weitere Anstieg der Ein- und Zweipersonenhaushalte. Damit verringert sich die Haushaltsgröße weiter.

Weiterhin Zunahme kleinerer Haushalte

Die Entwicklung der Haushaltsstruktur ist seit langem durch die Zunahme kleinerer Haushalte geprägt. Sie wird sich voraussichtlich noch fortsetzen. Dabei spielen die künftigen Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung mit mehr älteren und weniger jüngeren Menschen ebenso eine Rolle wie die Tendenz, in kleineren Haushalten zu leben.

Die weiter sinkende Sterblichkeit in höherem Alter, die immer noch höhere Lebenserwartung der Frauen sowie die schneller als bei Frauen zunehmende Lebenserwartung der Männer dürften künftig zu mehr Ein- und Zweipersonenhaushalten im Seniorenalter führen. Niedrige Geburtenzahlen, die Zunahme der Partnerschaften mit separater Haushaltsführung sowie die hohe berufliche Mobilität sprechen für kleinere Haus-

Veränderung der Anzahl der Privathaushalte, 2006 bis 2025* (in %)



*) Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung-2007, Trendvariante

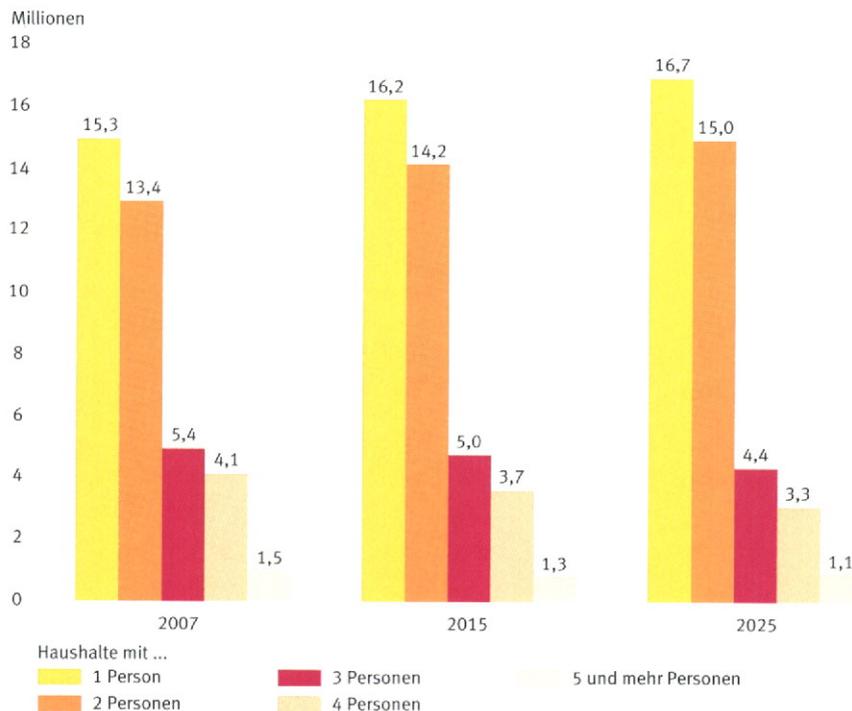
Datenquelle: Statistisches Bundesamt

halte auch bei der Bevölkerung im jüngeren und mittleren Alter. Heute gibt es in Deutschland rund 39,5 Millionen Haushalte. 2025 werden es 40,5 Millionen, also knapp 3% mehr, sein. Am stärksten werden die Zweipersonenhaushalte zunehmen (+ 13%). Auch die Zahl der Einpersonenhaushalte wird erheblich höher sein als heute (+ 11%). Damit wird es im Jahr 2025 16,7 Millionen Einpersonenhaushalte und 15,0 Millionen Zweipersonenhaushalte geben. Die Zahl der Haushalte mit drei und mehr Mitgliedern wird dagegen von 11,1 Millionen auf 8,8 Millionen im Jahr 2025 sinken (- 21%). Diese Haushalte bestehen zum größten Teil aus Eltern mit Kind(ern). Bei den Haushalten mit drei und mehr Mitgliedern nehmen die größten Haushalte am stärksten ab. Damit werden 41% der Haushalte im Jahr 2025 aus nur einer Person bestehen. Heute sind es 38%.

Regionale Unterschiede

Die Veränderungen fallen regional sehr unterschiedlich aus. Eine Zunahme der Haushalte wird nur für die alten Flächenländer und die Stadtstaaten erwartet. In den neuen Ländern kommt es dagegen voraussichtlich zu einem Rückgang um 7%. Hier wird die Zahl der Ein-

Haushalte nach der Haushaltsgröße, 2007, 2015 und 2025



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung

8 Lebensformen und Haushaltsstrukturen

personenhaushalte nicht weiter ansteigen, sondern sich kaum verändern. Die Zunahme bei den Zweipersonenhaushalten wird nicht ausreichen, um die Rückgänge bei den größeren Haushalten aufzufangen. In den neuen Ländern hatte nach der Wiedervereinigung die Zahl der Einpersonenhaushalte bereits stark zugenommen. Dazu trugen die innerdeutschen Wanderungen, aber auch Veränderungen auf dem Wohnungsmarkt und der Rückgang der Geburtenzahlen bei.

Besonders viele Einpersonenhaushalte wird es in den Stadtstaaten geben. Schon heute besteht dort jeder zweite Haushalt (51 %) aus einer Person, 2025 werden es fast 55 % sein.

Starker Anstieg der älteren Menschen in Zweipersonenhaushalten

Von den Menschen ab 60 Jahren leben im Jahr 2007 6,2 Millionen in Einpersonenhaushalten und 12,2 Millionen in Zweipersonenhaushalten sowie 1,8 Millionen in größeren Haushalten. 2025 wird es erheblich mehr Menschen in dieser Altersgruppe geben als heute. Dabei nimmt die Zahl der in Zweipersonenhaushalten lebenden 60-Jährigen und Älteren sehr stark zu: um 4,8 Millionen bzw. knapp 40%. Auch bei den Einpersonenhaushalten gibt es einen erheblichen Anstieg, der mit 1,3 Millionen bzw. gut 20% aber nicht ganz so gravierend ausfällt. Somit werden 2025 29% der 60-Jährigen und Älteren in Einpersonens- und 65% in Zweipersonenhaushalten leben.



9 Den demographischen Wandel gestalten

9 Den demographischen Wandel gestalten

Gesellschaft, Politik und Wirtschaft müssen sich auf große Veränderungen in der Bevölkerung einstellen. Aus diesen Veränderungen erwachsen verschiedene Herausforderungen, denn die Auswirkungen des demographischen Wandels werden in nahezu jedem Lebensbereich zu beobachten sein. Die wirtschaftlichen und sozialen Systeme, die wir heute vorfinden, werden den Anforderungen einer älteren Gesellschaft wahrscheinlich nicht mehr gerecht werden. Daher ist auf lange Sicht ein weiterer Umbau dieser Systeme notwendig, damit die Bürgerinnen und Bürger sich auch in Zukunft auf sie verlassen können.

Sicherung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit

Die wichtigste Kennziffer zur Beurteilung des materiellen Wohlstands einer Volkswirtschaft ist das Bruttoinlandsprodukt bzw. dessen zeitliche Veränderung – das Wirtschaftswachstum. Der demographische Wandel beeinflusst das Wirtschaftswachstum auf zweierlei Weise.

Auf der einen Seite wird parallel zur Schrump-

fung der Gesamtbevölkerung mit einem Rückgang der Personen im erwerbsfähigen Alter gerechnet. Der Faktor Arbeit würde demographisch verursacht kleiner und der Beitrag zum Wachstum geringer. Zur Kompensation sollten sämtliche Potenziale in der erwerbsfähigen Bevölkerung, insbesondere Arbeitslose, Ältere und Frauen, aber auch Personen mit Migrationshintergrund, besser ausgeschöpft werden. Auch eine Erhöhung der durchschnittlichen Arbeitszeiten ist eine Kompensationsmöglichkeit. Die Ausweitung des Sachkapitalstocks (dazu zählen z. B. Gebäude, Maschinen, Computer, Autos etc.) in der Volkswirtschaft kann ebenfalls einen positiven Beitrag zum Wirtschaftswachstum leisten. Eine Intensivierung der Spar- und Investitionsaktivitäten wäre ein wichtiger Schritt.

Auf der anderen Seite steht die Befürchtung im Raum, dass die demographische Alterung den technischen Fortschritt negativ beeinflusst. Wenn die Belegschaften in den Betrieben immer älter werden, droht ein Rückschritt in der gesamtwirtschaftlichen Produktivität. Diese umstrittene These setzt allerdings voraus, dass die Erwerbstätigen im Alter weniger produktiv und innovativ sind als die jüngeren Beschäftigten. Doch häufig ist die nachlassende Produktivität im Alter ein Ergebnis von Altersdiskriminierungen.

Von Seiten der Arbeitgeber wird viel weniger in die Fähigkeiten und Fertigkeiten der Älteren investiert als in die der Jüngeren. Außerdem wird das Erfahrungswissen der älteren Beschäftigten oft unterschätzt und erst vermisst, wenn diese Personen aus Altersgründen das Unternehmen verlassen haben. Generell sind lebenslanges Lernen und Maßnahmen zur Fort- und Weiterbildung sowie zur Erhaltung der Gesundheit notwendig, um die individuelle Produktivität der Erwerbstätigen bis zum Ruhestandsalter zu sichern.

Soziale Sicherheit

Anhand der in den vorherigen Abschnitten dargestellten demographischen Trends bis zum Jahr 2050 lässt sich ablesen, dass immer mehr Menschen im Rentenalter immer weniger Erwerbspersonen gegenüberstehen werden. Darüber hinaus lässt ein weiterer Anstieg der Lebenserwartung immer längere Bezugszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung erwarten. Aus diesem Grund wurde von der Bundesregierung die stufenweise Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters („Rente mit 67“) ab dem Jahr 2012 beschlossen.

Im Rahmen der demographischen Verschiebungen ist mit einem wachsenden Bedarf an Gesundheitsleistungen zu rechnen, da die gesund-

heitlichen Risiken mit dem Alter wachsen. Besonders relevant zur Abschätzung des künftigen Pflegebedarfs ist der abzusehende Anstieg der Anzahl an Hochbetagten (80 Jahre und älter), welche ein überdurchschnittliches Pflegerisiko aufweisen.

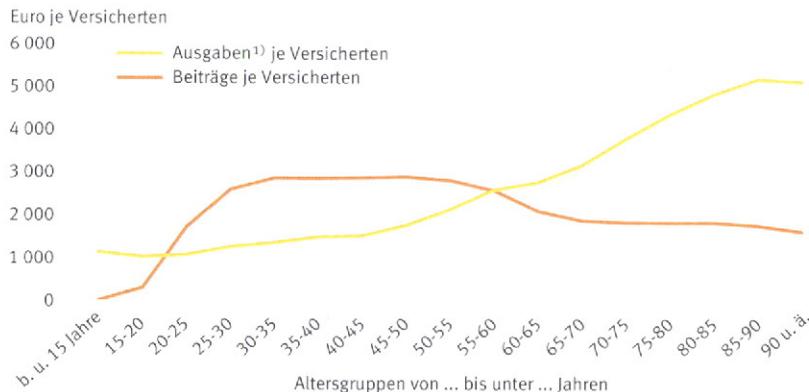
Ein wichtiger Aspekt in der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung ist die Umverteilung der finanziellen Mittel von Jung zu Alt. In diesem „Generationenvertrag“ wird vorgesehen, dass die jüngeren Menschen mit ihren Beiträgen zur Sozialversicherung die Leistungen für die Älteren finanzieren. Aufgrund dieser Beiträge erwerben die Erwerbstätigen künftige Ansprüche an die sozialen Sicherungssysteme, die dann von den nachrückenden Generationen getragen werden. Dieses System setzt also voraus, dass es immer eine genügend große nachrückende Generation gibt, die nicht nur in der Lage, sondern auch bereit ist, die älteren Menschen zu unterstützen. Der Generationenvertrag sei am Beispiel der Gesetzlichen Krankenversicherung erklärt. In den höheren Altersstufen werden im Durchschnitt mehr und kostenintensivere Leistungen in Anspruch genommen. In der Regel sind jedoch ihre Einnahmen aus den sozialversicherungspflichtigen Renteneinkommen deutlich niedriger als die Ausgaben. Hier herrscht eine „Unterdeckung“

der verursachten Ausgaben vor. Bei den jüngeren Erwerbstätigen ist umgekehrt eine „Überdeckung“ zu beobachten. Die Überschüsse in den jungen Altersgruppen werden zur intergenerativen Umverteilung verwendet. Kommen die Erwerbstätigen selbst in den Ruhestand, können

sie erwarten, dass die nachrückende Generation sie in gleicher Weise unterstützt.

Doch wie ist der Generationenvertrag einzuhalten, wenn immer weniger junge Beitragszahler für die (voraussichtlich steigenden) Ansprüche

Altersgruppenspezifische Beiträge und Ausgaben je Versicherten in der Gesetzlichen Krankenversicherung im Jahr 2003



¹⁾ Ausgaben berechnet unter Verwendung der aus den Daten des Risikostrukturausgleichs des Jahres 2003 abgeleiteten altersspezifischen Ausgabenprofile und unter Berücksichtigung der Verwaltungsausgaben sowie nicht ausgleichsfähiger Leistungsabgaben.

Datenquelle: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, grafische Darstellung: BiB

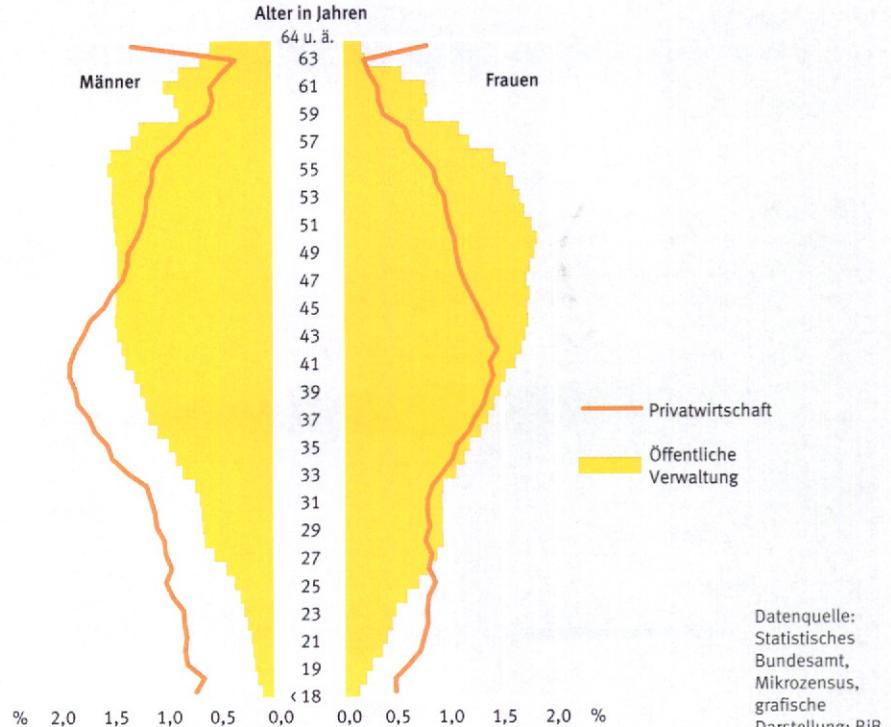
9 Den demographischen Wandel gestalten

ihrer Vorgängergeneration aufkommen müssen? Die Finanzierung der sozialen Leistungen kann unter den genannten demographischen Bedingungen – weniger potenzielle Beitragszahler bei gleichzeitig mehr Leistungsempfängern – unter Druck geraten. Hier gilt es, Arbeitslosigkeit abzubauen und die Potenziale in der Erwerbsbevölkerung auszuschöpfen, um einen möglichst hohen Beschäftigungsgrad in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen zu erreichen. Bei der Bereitstellung der Leistungen sind Effizienzsteigerungen (also kostengünstigere Alternativen) anzustreben, ohne die erreichten Qualitätsstandards zu verletzen.

Anpassung der Infrastruktur

Aufgrund der regionalen Unterschiede des demographischen Wandels können viele Handlungsfelder nur auf kommunaler Ebene angegangen werden. Die Demographie wirkt über Veränderungen im Altersbestand und der Altersstruktur unmittelbar auf die Art der Nachfrage nach infrastrukturellen Einrichtungen und beeinflusst damit ihre Auslastung. Schrumpfungsprozesse werden die Infrastrukturplanung in Zukunft dominieren. Die zunehmenden regionalen Unterschiede in der Bevölkerungs- und Infrastruktur-

Altersaufbau der Beschäftigten im unmittelbaren öffentlichen Dienst (ohne Soldaten) im Vergleich mit der Privatwirtschaft in Deutschland, 2005 (in %)



entwicklung erfordern eine Anpassung der kommunalen Politik, denn Alterung und Schrumpfung können längerfristig die Entwicklungschancen einer Region schmälern. Für die Raumordnungspolitik kristallisieren sich zwei Aufgabefelder heraus: zum einen die Förderung von Wachstumsregionen, zum anderen die Sicherung der Daseinsvorsorge vor allem in ländlichen Räumen.

Sicherung der Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung

Ein modernes und effizientes Verwaltungshandeln erfordert ein entsprechend qualifiziertes Personal. Bund, Länder und Kommunen als Arbeitgeber sehen sich bezüglich der Personalgewinnung vor großen Herausforderungen. Im Jahr 2005 lag das Durchschnittsalter der Bediensteten im unmittelbaren öffentlichen Dienst mit 45 Jahren rund fünf Jahre höher als das der Erwerbstätigen in der Privatwirtschaft.

Neben der demographischen Schrumpfung und Alterung auf den Arbeitsmärkten führt der allgemein steigende Bedarf an gut ausgebildeten Erwerbspersonen zu einer Verschärfung der Konkurrenzsituation zwischen öffentlichen und privaten Arbeitgebern um hochqualifizierte, jün-

gere Arbeitnehmer. Ein vorausschauendes Personalmanagement sollte neben alternativen Rekrutierungsstrategien die bessere Ausnutzung des bereits vorhandenen Potenzials und generationenübergreifendes Wissensmanagement beinhalten.

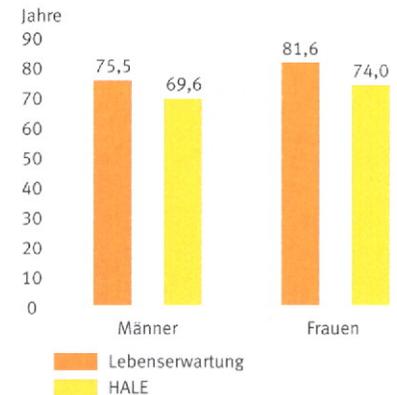
Erhalt von Gesundheit und Vitalität („Gesund Altern“)

Für den Einzelnen und die Gesellschaft ist es ein Gewinn, wenn die Menschen den größten Teil ihres Lebens in Gesundheit erleben. So sind Gesundheit und Vitalität wichtige Faktoren für die individuelle Lebensqualität und daher für sich genommen erstrebenswerte Ziele. Darüber hinaus hat gesundes Altern eine volkswirtschaftliche Bedeutung, weil auf diese Weise Kosten vermieden werden und die Leistungsfähigkeit der Menschen zur Sicherung des Wohlstands erhalten bleibt.

Bedeutet ein längeres Leben auch ein längeres Leben in Gesundheit? Oder wird die „gewonnene“ Lebensdauer in Krankheit verbracht? Zur Beantwortung dieser Fragen führte die Weltgesundheitsorganisation im Jahr 2002 eine international vergleichende Untersuchung durch, wobei mit Hilfe eines neuen Instruments zur

Messung des Gesundheitsstatus der Anteil der in Gesundheit verbrachten Jahre, bezogen auf die gesamte Lebenserwartung („Healthy life expectancy“), berechnet wurde. Das erfreuliche Ergebnis: Von 76 Jahren durchschnittlicher Lebenserwartung verbrachten die Männer in Deutschland 70 Jahre in Gesundheit, das entspricht rund 93%. Bei den Frauen ist der in

Lebenserwartung bei der Geburt und Healthy Life Expectancy (HALE), 2002



Datenquelle: Weltgesundheitsorganisation, grafische Darstellung: BiB

9 Den demographischen Wandel gestalten

Gesundheit verbrachte Teil ihrer Lebenszeit mit 91% etwas geringer. Im internationalen Vergleich nimmt Deutschland bei der Lebenserwartung in Gesundheit den zweiten Platz hinter Norwegen bei den Männern bzw. hinter Spanien bei den Frauen ein.

Im Zusammenhang mit der weiterhin steigenden Lebenserwartung ist es erforderlich, die Anstrengungen in den Bereichen der gesundheitlichen Prävention und der Gesundheitsförderung zu verstärken, damit ein längeres Leben auch weiterhin in Gesundheit geführt werden kann. Dies kann umso besser gelingen, wenn der Prävention und der Gesundheitsförderung die gleiche Bedeutung beigemessen werden wie den kurativen Maßnahmen (Therapie, Rehabilitation und Pflege) in der Gesundheitsversorgung. Dazu zählt zum einen die Verbesserung der äußeren Rahmenbedingungen („gesunde“ Arbeitsbedingungen, soziale Sicherheit, die Vermeidung von Armut, gleiche Bildungschancen sowie eine gesunde Umwelt), die sich günstig auf die Gesundheit auswirken. Zum anderen sollten Anreize gesetzt werden, um eine ungesunde Lebensweise (wie z. B. Rauchen, Alkoholmiss-

brauch, falsche Ernährung und Bewegungsmangel) zu vermindern.

Stärkung des sozialen Zusammenhalts

Der soziale Zusammenhalt in einer Gesellschaft ist durch die Bereitschaft gekennzeichnet, sich gegenseitig zu unterstützen. Wichtige Voraussetzungen dafür sind zum einen das Anerkennen von vorhandenen Unterschieden in der Gesellschaft (hinsichtlich des Alters, des Geschlechts, der Nationalität, der Religionszugehörigkeit, der gewählten Lebensform usw.). Zum anderen sind die Möglichkeiten, am sozialen, politischen und wirtschaftlichen Leben teilnehmen zu können, von großer Bedeutung. Ein demokratischer Staat kann solidarisches Handeln nicht per Gesetz veranlassen, sondern günstige Rahmenbedingungen dafür schaffen.

Durch die zu erwartenden sozialen und demographischen Verschiebungen (Schrumpfung, Alterung, Polarisierung der Lebensformen, Heterogenisierung) werden die bereits heute bestehenden Unterschiede weiter wachsen. Dies stellt Staat und Zivilgesellschaft vor große Herausforderungen, denn eine Schwächung des sozialen Zusammenhalts würde die gemeinschaftliche Gestaltung der gesellschaftlichen Veränderungen

deutlich erschweren. Wichtige Bausteine zur Stärkung des Zusammenhalts sind sämtliche Anstrengungen, die eigenverantwortliches Handeln, aber auch verantwortliches Handeln gegenüber den nachrückenden Generationen ermöglichen. Weitere wichtige Rahmenbedingungen sind Integration von verschiedenen Personengruppen (wie z. B. Zuwanderer oder Personen mit Migrationshintergrund) sowie Maßnahmen, die den gegenseitigen Respekt innerhalb der Gemeinschaft unterstützen.

Gewährleisten der inneren Sicherheit

Demographische Entwicklungen und Prozesse können sich direkt und indirekt auf Fragen der inneren Sicherheit auswirken. Dabei sind es einerseits Entwicklungen im weltweiten Rahmen, die über die Kombination von wachsenden jungen Bevölkerungen mit politischen und sozio-ökonomischen Problemen z. B. im Bereich von Bildung, Arbeitsmarkt, natürlichen Ressourcen und/oder Versorgung mit Nahrungsmitteln zu einem zunehmenden Migrationsdruck in Richtung Europa und Deutschland führen. Migration als solche ist zwar kein Sicherheitsrisiko, kann aber mit sicherheitsrelevanten Begleiterscheinungen

nungen wie Desintegration, Illegalität und Kriminalität – Ausländer als Täter bzw. als Opfer – einhergehen oder Konflikte aus den Herkunftsländern nach Deutschland importieren. Im Zusammenhang mit Zuwanderung und ausländischer Bevölkerung stehen auch die Entwicklung von Akzeptanz und Toleranz gegenüber Ausländern bei der deutschen Bevölkerung.

Andererseits können aber auch Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung in Deutschland für die innere Sicherheit von Bedeutung sein. Alterungsprozesse haben ihre Auswirkungen sowohl auf das Rekrutierungspotenzial für Polizei und Sicherheitsbereich als auch auf die Täter-, Opfer- und Deliktstruktur im Rahmen der Kriminalitätsentwicklung. Die Schrumpfung der Bevölkerung kann außerdem regionale Probleme verschärfen.

10 Weltbevölkerungstrends

10 Weltbevölkerungstrends

Die Weltbevölkerung wird von heute etwa 6,5 Milliarden Menschen auf über 9 Milliarden Menschen im Jahr 2050 anwachsen. Die Menschen werden im Durchschnitt älter sein als heute und der Anteil der in Städten lebenden Bevölkerung wird steigen. Die meisten Menschen werden in Asien leben, gefolgt von Amerika und Afrika. In Europa werden im Jahr 2050 nur etwa 7% der Weltbevölkerung leben.

Die Weltbevölkerung wächst

Über Jahrtausende entwickelte sich die Zahl der Menschen auf der Welt nur sehr langsam, so dass erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts die Weltbevölkerung eine Milliarde Menschen erreichte. In der Folge beschleunigte sich durch die industrielle Revolution der Bevölkerungszuwachs kontinuierlich. Heute leben über sechseinhalb Milliarden Menschen auf der Erde und jährlich kommen knapp 80 Millionen weitere Bewohner hinzu. Wenn sich Geburten und Sterbefälle so entwickeln, wie von der UN Bevölkerungsabteilung angenommen, dann ist erst in etwa 200 Jahren bei rund 11 Milliarden Menschen ein Ende des Wachstums der Weltbevölkerung zu erwarten.

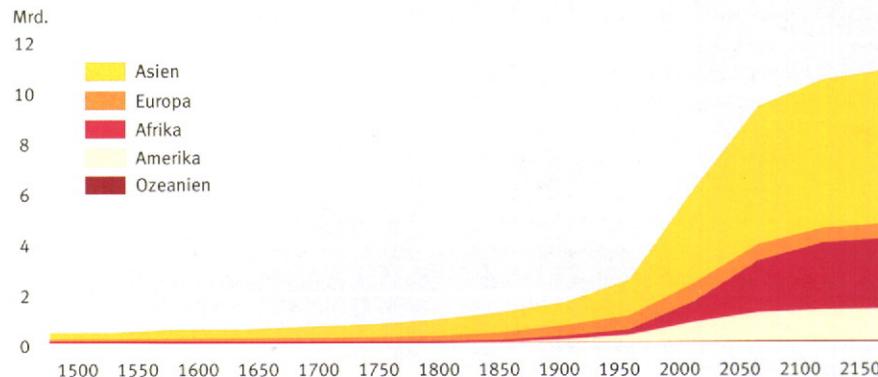
Den mit Abstand größten Bevölkerungszuwachs hat der seit jeher bevölkerungsreichste Kontinent Asien zu verzeichnen. Ein stärkerer Anstieg findet auch in Amerika und Afrika statt. In Europa war der Bevölkerungsanstieg seit etwa 1800 moderat und stagniert zukünftig.

Die Weltbevölkerung altert

Die weltweit sinkende Geburtenhäufigkeit und die zunehmende Lebenserwartung lassen die Weltbevölkerung altern, das heißt der Anteil der jungen Menschen nimmt ab und der Anteil der älteren Menschen steigt.

Diese demographische Alterung zeigt das Medianalter. Es ist in Afrika nur halb so hoch wie in den entwickelten Ländern Europas und Nordamerikas.

Entwicklung der Weltbevölkerung nach Kontinenten, 1500 bis 2150



Datenquelle: UN Population Division, grafische Darstellung: BiB

In Asien und Lateinamerika ist es heute etwa so hoch wie in Europa und Nordamerika vor 50 Jahren. Ein Land wie China, mit einem starken Geburtenrückgang durch die Ein-Kind-Politik, altert dabei sehr viel schneller als die entwickelten Länder und wird diese im Jahr 2050 eingeholt haben.

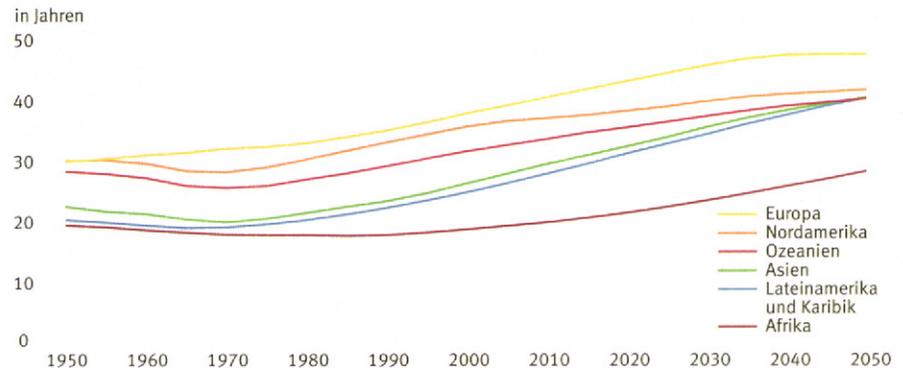
Für ökonomische Fragestellungen relevant ist der Abhängigenquotient, also das Verhältnis der nicht erwerbsfähigen auf 100 der erwerbsfähigen Bevölkerung. In Afrika lag der Abhängigenquotient vor Einsetzen des Geburtenrückgangs – bedingt durch die hohen Kinderzahlen – nahe 100. Mit dem Geburtenrückgang nimmt der Abhängigenquotient ab, um später, wenn der Anteil der Älteren, nicht zuletzt durch die steigende Lebenserwartung, zunimmt, wieder anzusteigen. Während Afrika erst am Anfang eines fallenden Abhängigenquotienten steht, sind die entwickelten Länder bereits seit etwa 20 Jahren in der vorteilhaften Lage eines mit 50 recht niedrigen Abhängigenquotienten, der erst um das Jahr 2010 wieder zu steigen beginnt. Diese Zeit des geringen Abhängigenquotienten bietet die Möglichkeit für Investitionen, die die Auswirkungen des folgenden Anstiegs abmildern. Man bezeichnet dies als „Demographische Dividende“ und die Phase als „Fenster der Möglichkeiten“.

Die Weltbevölkerung verstädert

Zur Zeit leben mit mehr als 3 Milliarden Menschen knapp die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten. Den höchsten Verstädterungsgrad haben die Industrieländer Europas und Nordamerikas mit 72% bzw. 81% der Bevölkerung als Stadtbevölkerung sowie die Länder Lateinamerikas und der Karibik mit einem Anteil von 77% der Bevölkerung. Den geringsten Anteil Stadtbevölkerung haben Afrika und Asien mit jeweils knapp 40%. Allerdings

nimmt dieser Anteil rasant zu; während die Wachstumsrate der urbanen Bevölkerung in den entwickelten Ländern Europas und Nordamerikas etwa 0,5% beträgt, liegt sie in Afrika bei etwa 3% jährlich. Damit wird sich die städtische Bevölkerung Afrikas bis 2030 mehr als verdoppeln und der Verstädterungsgrad in Afrika auf 51% und in Asien auf 54% ansteigen. Das Weltbevölkerungswachstum wird deshalb fast ausschließlich ein Wachstum der Stadtbevölkerung sein.

Medianalter nach Regionen, 1950 bis 2050 (in Jahren)



Datenquelle: UN Population Division, grafische Darstellung: BiB

Abbruchsziffer

Quote der Schwangerschaftsabbrüche bezogen auf die Geborenen (Lebend- und Totgeborene).

Abhängigenquotient

Im Abhängigenquotienten werden die im noch nicht und die im nicht mehr erwerbsfähigen Alter befindlichen Teile der Bevölkerung bezogen auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, d. h.: Bevölkerung bis unter 15/20 Jahre + Bevölkerung ab 60/65 Jahre / Bevölkerung zwischen 15/20 und 60/65 Jahren.

Altenquotient

Analog zum Jugendquotient bezieht er die ältere Bevölkerung auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Es gibt dazu keine vorgeschriebenen Altersgrenzen, am gebräuchlichsten sind Abgrenzungen bei 15/20 Jahren nach unten und 60/65 Jahren nach oben.

Bestanderhaltungsniveau

Durchschnittliche Geburtenzahl unter Berücksichtigung der Sterblichkeit, bei der der Erhalt der

Elterngeneration durch die Kindergeneration gesichert ist. Durch die Entwicklung der Sterblichkeit verändert sich das Niveau im Zeitverlauf.

Demographischer Übergang, erster

Im Verlaufe dieses Prozesses finden sowohl ein Geburten- als auch ein Sterblichkeitsrückgang statt. Zuerst beginnen die Sterbeziffern zu sinken, erst zeitlich verzögert folgt ein Absinken der Geburtenziffern. Damit verjüngt sich in der Phase dieses Übergangs die Bevölkerung, bevor sich Sterblichkeit und Geburten auf einem neuen und niedrigeren Niveau einpendeln. In diesem Stadium befinden sich heute eine Reihe von Entwicklungsländern.

Demographischer Übergang, zweiter

Hier vollzieht sich ein schneller und deutlicher Rückgang des Geburtenniveaus, in der Regel kann damit ein Ersatz der Elterngeneration nicht mehr gesichert werden. Die Sterblichkeit kann sich nur noch minimal und fast ausschließlich im höheren Lebensalter verringern. Diese Situation ist in den meisten hochentwickelten Industriestaaten anzutreffen.

Ehescheidungsziffer, ehedauerspezifische

Die im jeweiligen Kalenderjahr geschiedenen Ehen nach der Ehedauer bezogen auf die Zahl der geschlossenen Ehen des Jahres, in dem die Geschiedenen geheiratet haben.

Ehescheidungsziffer, zusammengefasste

Summe der ehedauerspezifischen Scheidungsziffern über einen bestimmten Zeitraum – im internationalen Vergleich sind 25 Jahre üblich. Bliebe die Scheidungshäufigkeit des jeweiligen Kalenderjahres über den Zeitraum von 25 Jahren konstant, dann würde der ermittelte Anteil von Ehen in den jüngeren Eheschließungsjahrgängen auch tatsächlich geschieden werden.

Erstheiratsziffer, zusammengefasste

Summe der altersspezifischen Eheschließungsziffern vom Alter 15 bis 50 für ein Kalenderjahr, wobei die ledigen eheschließenden Frauen und Männer im jeweiligen Alter auf die gesamte Personenzahl in der entsprechenden Altersgruppe bezogen werden. Die zusammengefasste Erstheiratsziffer darf aufgrund ihrer Berechnung nicht im

Sinne eines Anteils der jemals Heiratenden interpretiert werden.

Geburtenziffer, rohe

Anzahl der Lebendgeborenen eines Jahres je 1 000 Personen der durchschnittlichen Bevölkerung. Diese Kennziffer hängt also nicht nur vom Umfang der Geburten ab, sondern auch von der Größe und der Altersstruktur der Bevölkerung.

Geburtenziffer, altersspezifische

Geburten von Frauen im Alter x auf 1 000 Frauen des Alters x von 15 bis 49 Jahren. Der Einfluss von Umfang und Altersstruktur der Bevölkerung werden damit ausgeschlossen.

Geburtenziffer, zusammengefasste (Total Fertility Rate – TFR)

Summe aller 35 altersspezifischen Geburtenziffern der Altersjahre 15 bis 49 für ein Kalenderjahr. Sie gibt an, wie viele Kinder je Frau geboren würden, wenn für ihr ganzes Leben die altersspezifischen Geburtenziffern des jeweils betrachteten Jahres gelten würden und es keine Sterblichkeit gäbe.

Jugendquotient

Analog zum Altenquotient bezieht er die jüngere Bevölkerung auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Es gibt dazu keine vorgeschriebenen Altersgrenzen, am gebräuchlichsten sind Abgrenzungen bei 15/20 Jahren nach unten und 60/65 Jahren nach oben.

Kinderzahlen, endgültige

Summe der altersspezifischen Geburtenziffern über 35 Kalenderjahre für einen Geburtsjahrgang von Frauen während der Lebenszeit von 15 bis 49 Jahren. Sie geben an, wieviele Kinder im Durchschnitt je Frau des Jahrgangs am Ende des gebärfähigen Alters geboren wurden.

Lebensformen

Lebensformen lassen sich nach dem Bezug zur Ehe und dem Zusammenleben mit Kindern differenzieren. Daraus ergeben sich sechs grundlegende Arten von Lebensformen: Alleinstehende, nichteheliche Lebensgemeinschaften (NEL) mit oder ohne Kinder, Ehepaare (EL) mit oder ohne Kinder sowie Alleinerziehende.

Lebenserwartung bei Geburt, durchschnittliche

Durchschnittliche Lebensdauer der Neugeborenen.

Lebenserwartung, fernere

Durchschnittlich in einem bestimmten Alter noch zu erwartende Lebensjahre.

Medianalter

Das Medianalter teilt die Bevölkerung nach dem Alter in zwei gleichgroße Gruppen: 50% sind jünger und 50% sind älter als dieses Medianalter.

Migrationshintergrund, Personen mit

Zu den Personen mit Migrationshintergrund gehören alle in Deutschland lebenden Ausländer – unabhängig davon, ob sie im Inland oder im Ausland geboren wurden – sowie alle Zugewanderten unabhängig von ihrer Nationalität. Daneben zählen zu den Personen mit Migrationshintergrund auch die in Deutschland geborenen eingebürgerten Ausländer sowie eine Reihe von in Deutschland Geborenen mit deutscher Staatsangehörig-

keit, bei denen sich der Migrationshintergrund aus dem Migrationsstatus der Eltern ableitet. Zu den letzteren gehören die deutschen Kinder (Nachkommen der ersten Generation) von Spätaussiedlern und Eingebürgerten und zwar auch dann, wenn nur ein Elternteil diese Bedingungen erfüllt, während der andere keinen Migrationshintergrund aufweist. Außerdem umfasst diese Gruppe seit 2000 auch die (deutschen) Kinder ausländischer Eltern, die die Bedingungen für das Optionsmodell erfüllen, d. h. mit einer deutschen und einer ausländischen Staatsangehörigkeit in Deutschland geboren wurden.

Pflegebedürftige

Statistisch erfasst werden Personen, die Leistungen nach dem SGB XI erhalten. Generelle Voraussetzung für die Erfassung als Pflegebedürftiger ist die Entscheidung der Pflegekasse bzw. des privaten Versicherungsunternehmens über das Vorliegen von Pflegebedürftigkeit und die Zuordnung der Pflegebedürftigen zu den Pflegestufen I bis III (einschließlich Härtefällen). Pflegebedürftig im Sinne des SGB XI sind Personen, die wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf

des täglichen Lebens auf Dauer, voraussichtlich für mindestens sechs Monate, in erheblichem oder höherem Maße (§ 15) der Hilfe bedürfen (§14 SGB XI, Abs. 1).

Säuglingssterblichkeit

Anteil der im ersten Lebensjahr verstorbenen Säuglinge bezogen auf 1 000 bzw. 100 000 Lebendgeborene eines Berichtszeitraumes.

Sterbetafel

Sie bildet tabellarisch ab, wie sich ein fest vorgegebener Bestand an Neugeborenen (in der Regel auf 100 000 normiert) mit voranschreitendem Alter sukzessive durch den Einfluss der Sterblichkeit reduziert. Dabei sind Periodensterbetafeln und Kohortensterbetafeln zu unterscheiden. Periodensterbetafeln beziehen sich auf die Sterblichkeit von rund 100 Altersjahren in einer Beobachtungsperiode und verknüpfen diese zu einer fiktiven Sterbetafelbevölkerung. Durch die vorgenommenen Standardisierungen lassen sich die Sterblichkeitsmuster unterschiedlicher Bevölkerungen oder einer Bevölkerung zu unterschiedlichen Zeitpunkten vergleichen. Die Kohortensterbetafeln spiegeln die Sterblichkeitsverhält-

nisse eines bestimmten Geburtsjahrganges über einen Zeitraum von 100 Jahren wider.

Sterbewahrscheinlichkeit, altersspezifische

Anzahl der Gestorbenen eines bestimmten Alters pro Kalenderjahr bezogen auf die Überlebenden dieses Alters.



Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
Friedrich-Ebert-Allee 4
65185 Wiesbaden
Telefon: +49 (0) 611 / 75 22 35
Telefax: +49 (0) 611 / 75 39 60
www.bib-demographie.de

Statistisches Bundesamt
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden
Telefon: +49 (0) 611 / 75 24 05
Telefax: +49 (0) 611 / 75 33 30
www.destatis.de/kontakt